

Staatsfinanzen und Steuerpolitik: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2017). *Staatsfinanzen und Steuerpolitik: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-56006-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Staatsfinanzen und Steuerpolitik

**Ergebnisse einer repräsentativen
Bevölkerungsumfrage**

Vertraulich!

INHALT

	Seite
IMMER POSITIVERE EINSCHÄTZUNG DER STAATS- FINANZEN	1
PRÄFERENZ FÜR MEHR INVESTITIONEN DES STAATES	15
SUBJEKTIVE STEUERBELASTUNG	25
Breite Mehrheit für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags	30

TABELLENTEIL	Tabelle
--------------	---------

Wirtschaftliche Lage

Hoffnungen und Befürchtungen für die kommenden 12 Monate	1
Risiken für die weitere Entwicklung Deutschlands	2 a-d
Was ist für die Zukunft Deutschlands wichtig?	3 a-d
Konjunkturerwartung für die nächsten 6 Monate	4
Wie gut geht es dem eigenen Betrieb?	5 a, b
Erwartete Geschäftsentwicklung im Unternehmen in den nächsten 6 Monaten	6
Wie sicher ist der eigene Arbeitsplatz?	7
Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage	8
Wird sich die eigene wirtschaftliche Lage in den nächsten fünf Jahren verbessern? ..	9
Vergleich der heutigen wirtschaftlichen Lage mit der Lage vor fünf Jahren	10

Staatsverschuldung und Schuldenbremse

Bewertung der finanziellen Lage –

- des Staates 11
- der meisten Städte und Gemeinden 12
- der eigenen Stadt/Gemeinde 13

Beunruhigung durch die Staatsverschuldung 14

Nimmt Deutschland derzeit jedes Jahr neue Schulden auf, oder baut
Deutschland seine Schulden eher ab? 15

Wie wichtig ist es, dass Deutschland auch in Zukunft keine neuen
Schulden aufbaut? 16

Wird Deutschland mittelfristig seine Staatsschulden abbauen? 17

Würde der Lebensstandard sinken, wenn Deutschland keine
neuen Schulden aufnehmen würde? 18

Einstellung zur Aufnahme einer Schuldenbremse ins Grundgesetz 19

Wird es für realistisch gehalten, dass der Bund die Vorgaben der
Schuldenbremse langfristig einhält? 20

Soll der Staat mit den Steuermehreinnahmen Steuern senken,
Staatsschulden abbauen oder Geld investieren? 21

Verwendungsmöglichkeiten der Steuermehreinnahmen 22 a-d

In diesen Bereichen sollte der Staat –

- sparen 23 a-f
- auf keinen Fall sparen 24 a-f
- auf jeden Fall mehr Geld ausgeben 25 a-f
- nicht mehr Geld ausgeben 26 a-f

Einstellung zu Steuersystem und Steuerlasten

Bezahlt man Steuern aus Überzeugung, weil der Staat das Geld für
wichtige Ausgaben braucht? 27

Bezahlt man Steuern aus Überzeugung, findet sie gleichzeitig jedoch
insgesamt zu hoch? 28

Tabelle

Wie drückend empfindet man die Last durch Steuern und Abgaben?	29
Besonders belastende Steuern und Abgaben	30 a, b
Sollte der Solidaritätszuschlag abgeschafft, gekürzt oder beibehalten werden?	31
Wird der Solidaritätszuschlag für den Aufbau und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland verwendet?	32
Würde es Ostdeutschland schlechter gehen, wenn der Solidaritätszuschlag gekürzt würde?	33 a, b

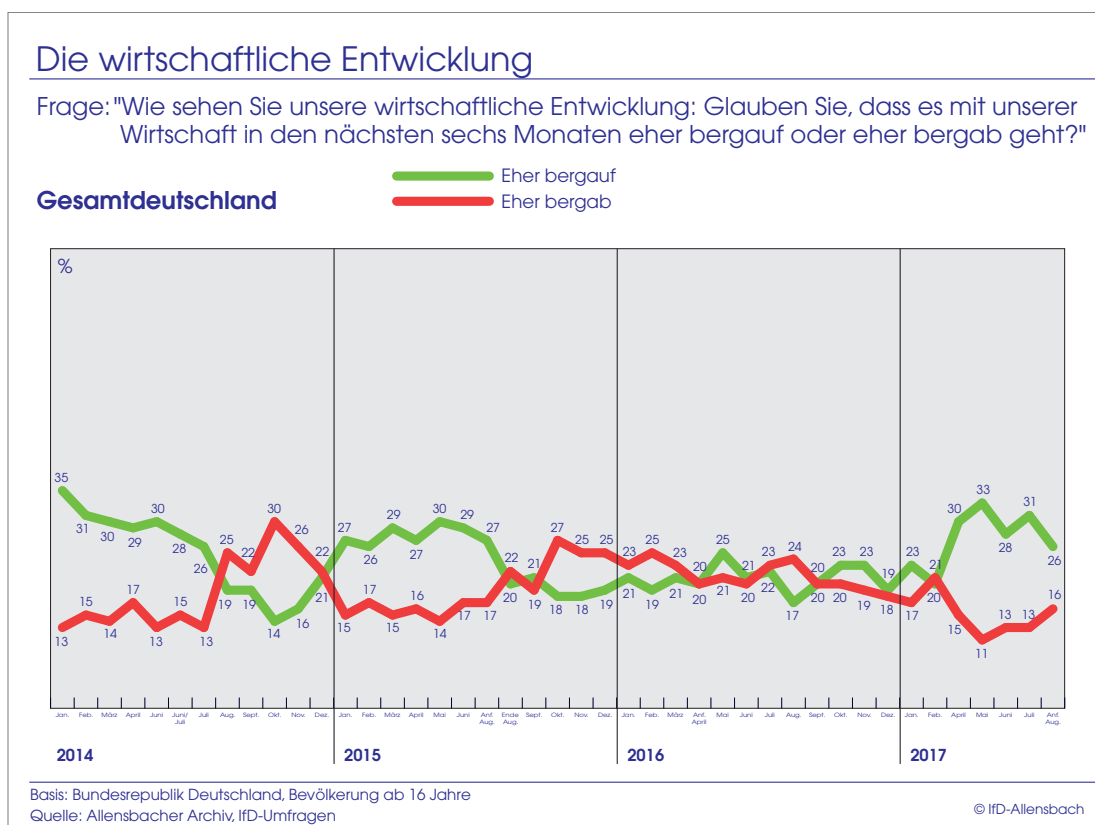
ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragenbogenauszug mit Anlagen

IMMER POSITIVERE EINSCHÄTZUNG DER STAATSFINANZEN

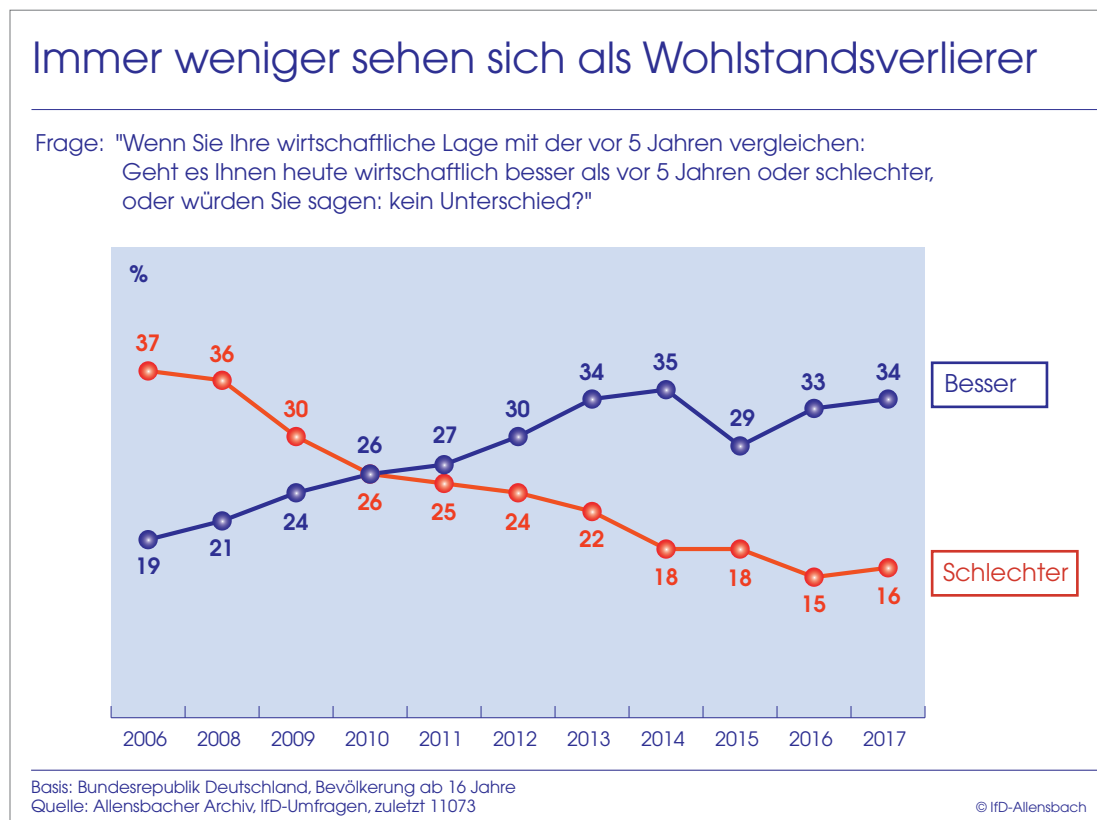
Deutschland verzeichnet mittlerweile eine fast zwölfjährige Aufschwungphase, die nur kurz 2008 durch die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise unterbrochen wurde. Die überwältigende Mehrheit der Bürger geht davon aus, dass auch in der näheren Zukunft kein nennenswerter Konjunkturerinbruch erfolgen wird: Die Hälfte der Bürger rechnet mit einer stabilen ökonomischen Situation, 26 Prozent zumindest für die nächsten sechs Monate mit einem Aufschwung, lediglich 16 Prozent mit einem konjunkturellen Rückschlag. Bereits seit dem Frühjahr ist der Anteil derjenigen, die eher mit einem weiteren dynamischen Aufwärtstrend rechnen, signifikant größer als der Anteil derjenigen, die einen konjunkturellen Abschwung befürchten.

Schaubild 1



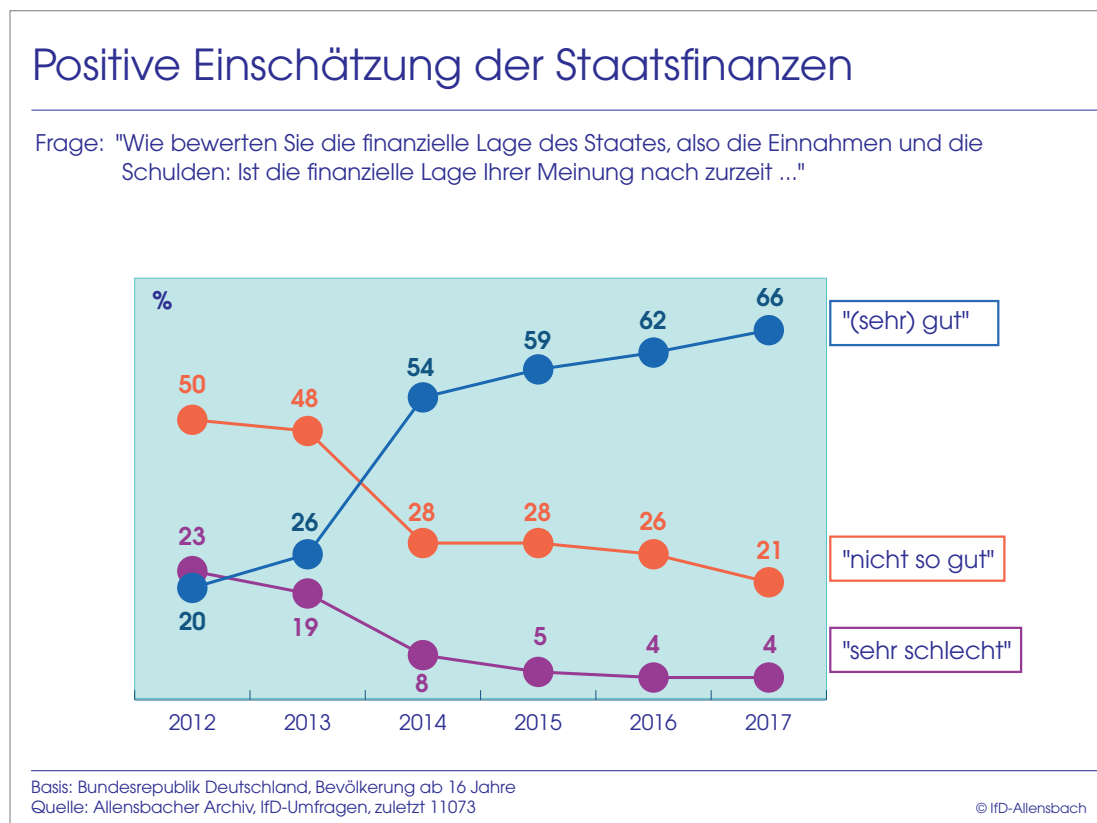
Die langjährige Aufschwungphase hat gerade in den letzten Jahren immer mehr Breitenwirkung entfaltet. Die Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes bewegen sich in Ost wie West auf niedrigem Niveau und die wirtschaftliche Situation des eigenen Betriebs wird von der großen Mehrheit positiv bilanziert. Die Mehrheit zieht mittlerweile auch eine positive Bilanz ihrer eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse. Während Ende 2009 lediglich 38 Prozent der Bevölkerung ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut einstufte, stieg dieser Anteil bis Ende 2012 auf 45 Prozent und liegt zurzeit bei 56 Prozent. Der Anteil derjenigen, die sich über die letzten fünf Jahre hinweg als Wohlstandsgewinner sehen, ist heute mehr als doppelt so groß als wie der Anteil derjenigen, deren wirtschaftliche Lage sich in den letzten fünf Jahren verschlechtert hat. Auch dies ist eine Entwicklung der letzten Jahre; vor fünf, sechs Jahren gab es ähnlich viele Wohlstandsgewinner wie Wohlstandsverlierer, in den Jahren davor signifikant mehr Wohlstandsverlierer.

Schaubild 2



Die lange Aufschwungphase, die bei Unternehmen wie privaten Haushalten zunehmend zu steigenden Einkommen führte, prägt heute auch die Situation der Staatsfinanzen. Wiederholt konnte der Haushalt nicht nur mit einer schwarzen Null, sondern mit Überschüssen abgeschlossen werden. Die Bürger haben diese Entwicklung aufmerksam verfolgt und ziehen mit jedem Jahr eine positivere Bilanz der Staatsfinanzen. Während 2013 lediglich 26 Prozent der Bevölkerung überzeugt waren, dass sich die Staatsfinanzen in einer soliden Situation befinden, waren es 2014 bereits 54 Prozent, aktuell 66 Prozent. Der Anteil der Bürger, die überzeugt sind, dass die staatliche Finanzlage ausgesprochen schlecht ist, macht mittlerweile nur eine verschwindende Minderheit von 4 Prozent aus.

Schaubild 3



Die überwältigende Mehrheit hat registriert, dass der deutsche Staat zurzeit keine neuen Schulden aufnehmen muss. Noch 2012 sahen 76 Prozent der Bürger eine kontinuierlich ansteigende Verschuldung des Staates, aktuell nur noch 22 Prozent. Dass in ersten Ansätzen Schulden abgebaut werden, haben bisher 31 Prozent registriert; 33 Prozent sind überzeugt, dass der deutsche Staat weder neue Schulden aufnimmt noch seine Schuldenlast reduziert

Schaubild 4

Einschätzung der Entwicklung der Staatsverschuldung		
Frage: "Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie wissen oder vermuten: Nimmt Deutschland derzeit jedes Jahr neue Schulden auf, oder baut Deutschland seine Schulden eher ab?"		
	2012	2017
	%	%
Nimmt Schulden auf	76	22
Baut ab	7	31
Weder noch	9	33
Unentschieden, keine Angabe	8	14
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11001, 11073

© IfD-Allensbach

Wesentlich kritischer als die Finanzsituation des Bundes werden die kommunalen Finanzen eingeschätzt. Nur 22 Prozent der Bevölkerung gehen davon aus, dass die finanzielle Lage der meisten Städte und Gemeinden positiv ist. 54 Prozent halten sie für nicht sonderlich gut, 15 Prozent für ausgesprochen schlecht. Die ostdeutsche Bevölkerung zieht hier eine kritischere Bilanz als die westdeutsche.

Kritischere Einschätzung der kommunalen Finanzen ...

Frage: "Was schätzen Sie: Wie ist die finanzielle Lage der meisten Städte und Gemeinden in Deutschland? Geht es den meisten Städten und Gemeinden in Deutschland finanziell ..."

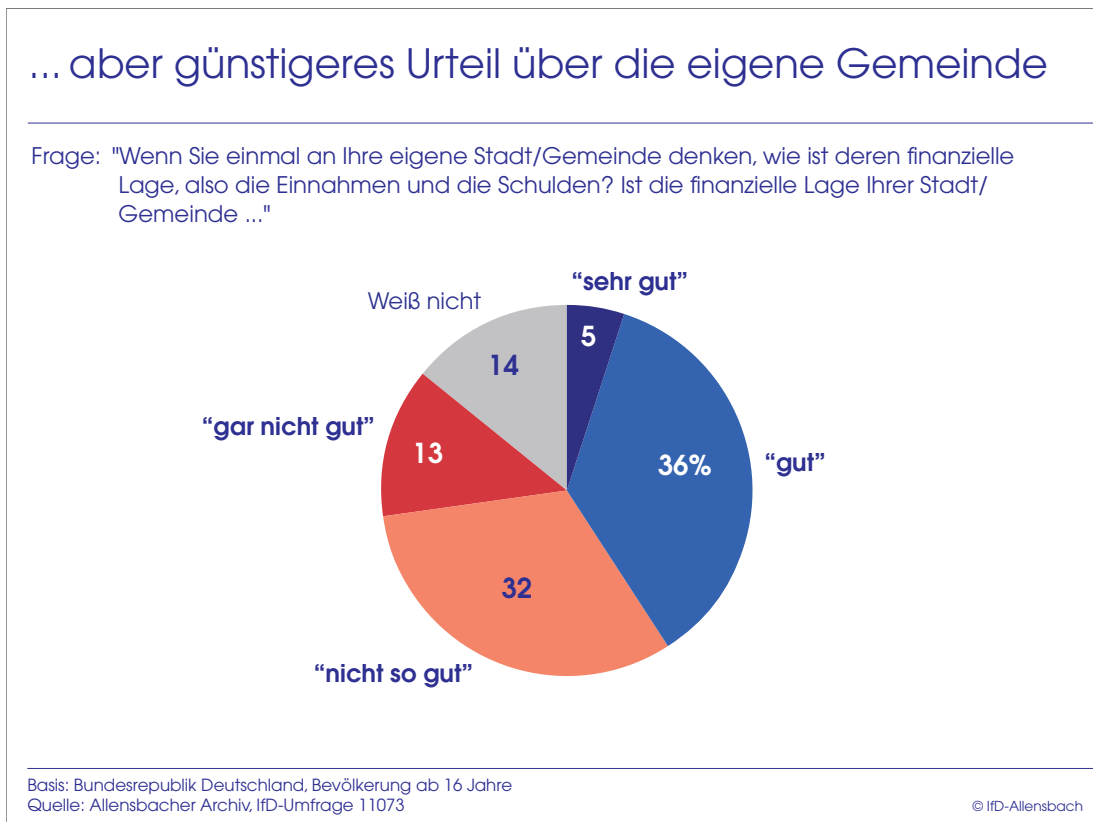
	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
"sehr gut"	x	1	x
"gut"	22	23	14
"nicht so gut"	54	51	66
"gar nicht gut"	15	15	14
Unentschieden, keine Angabe	9	10	6
	100	100	100

x = unter 0,5 Prozent

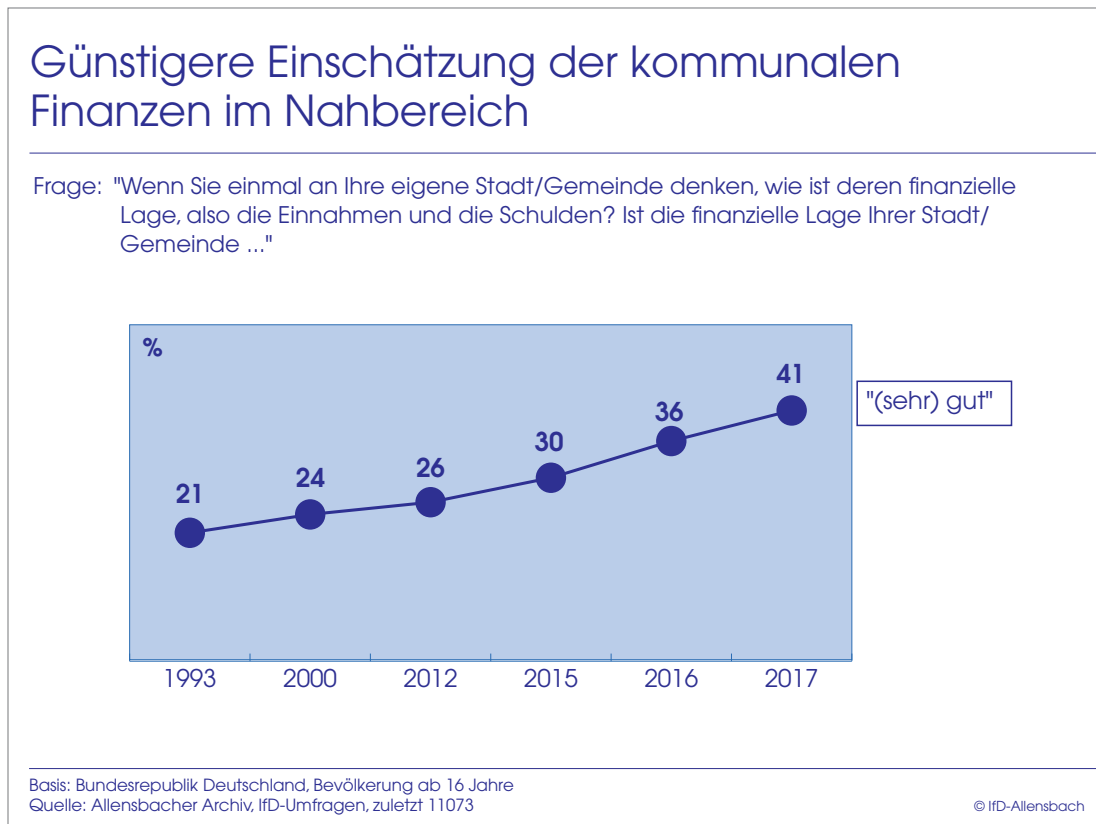
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11073

© IfD-Allensbach

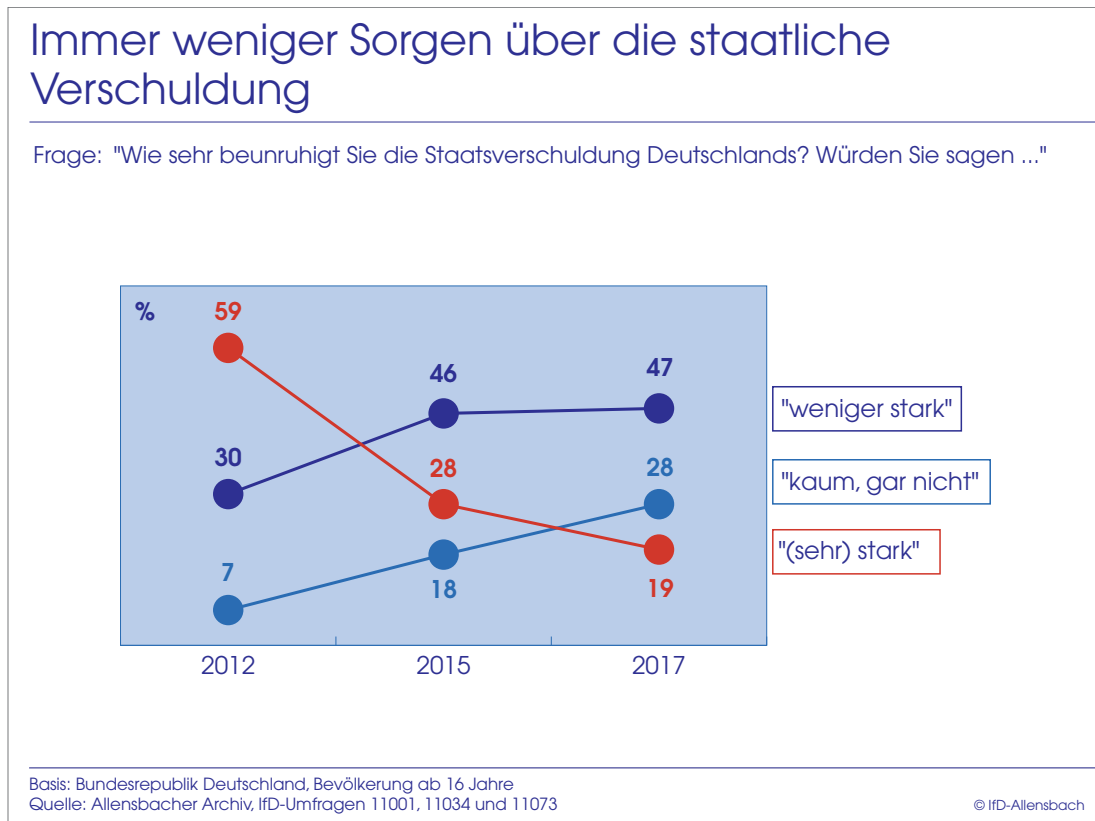
Auch die finanzielle Lage der eigenen Kommune wird überwiegend negativ bewertet, aber im Durchschnitt wesentlich positiver als die Finanzsituation der Städte und Kommunen insgesamt. So halten 41 Prozent die finanzielle Lage der eigenen Kommune für (sehr) gut, 32 Prozent für nicht sonderlich gut und 13 Prozent für ausgesprochen schlecht.



Der Langzeittrend zeigt jedoch, dass nicht nur die finanzielle Situation des Bundes heute weitaus günstiger eingeschätzt wird als noch vor einigen Jahren, sondern auch die finanzielle Situation der eigenen Kommune. 2000 zogen lediglich 24 Prozent der Bürger eine positive Bilanz der finanziellen Lage ihrer eigenen Stadt oder Gemeinde, aktuell 41 Prozent. Die Bilanz hat sich über die letzten fast 25 Jahre langsam aber kontinuierlich verbessert – anders als die Situation des Bundeshaushalts, die nach 2013 von der Bevölkerung völlig anders bewertet wurde als zuvor.



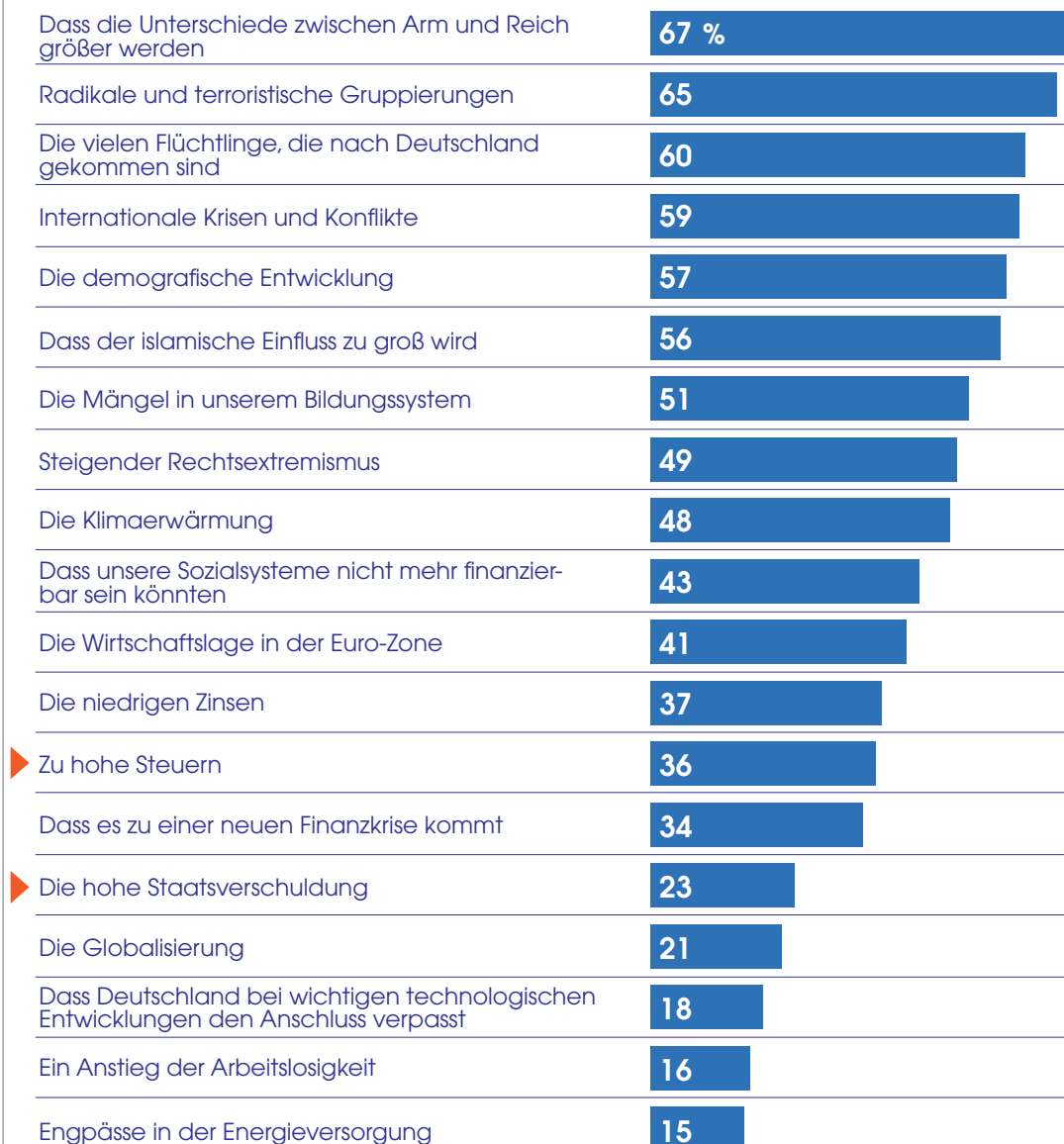
Angesichts der Haushaltsüberschüsse ist die Staatsverschuldung des Landes heute für die Bürger kein Sorgenpunkt mehr. Noch 2012 zeigten sich 59 Prozent der Bürger über die Höhe und Entwicklung der staatlichen Verschuldung sehr beunruhigt. Schon drei Jahre später machten sich nur noch 28 Prozent große Sorgen über die Staatsfinanzen, aktuell noch 19 Prozent.



In der Rangfolge der Risiken, denen das Land aus der Sicht der Bürger ausgesetzt ist, nimmt die Staatsverschuldung mittlerweile einen untergeordneten Rang ein. Als Risiken sieht die große Mehrheit vor allem soziale Unterschiede, die Bedrohung durch radikale und terroristische Gruppierungen, die Herausforderung der Integration von Flüchtlingen, internationale Krisen und Konflikte, den islamischen Einfluss und die demografische Entwicklung. So halten zwei Drittel radikale und terroristische Gruppierungen für ein großes Risiko für das Land, 60 Prozent die Folgen der Flüchtlingswelle, 59 Prozent die internationalen Krisen und Konflikte. Die aktuelle Höhe der Staatsverschuldung erscheint dagegen nur noch 23 Prozent als großes Risiko; auch die Höhe der Steuerlasten wird nur von einer Minderheit als großes Risiko für die weitere Entwicklung des Landes bewertet.

Risiken für das Land

Frage: "Was meinen Sie: Was sind große Risiken für die weitere Entwicklung von Deutschland, wo sehen Sie da vor allem Gefahren?"

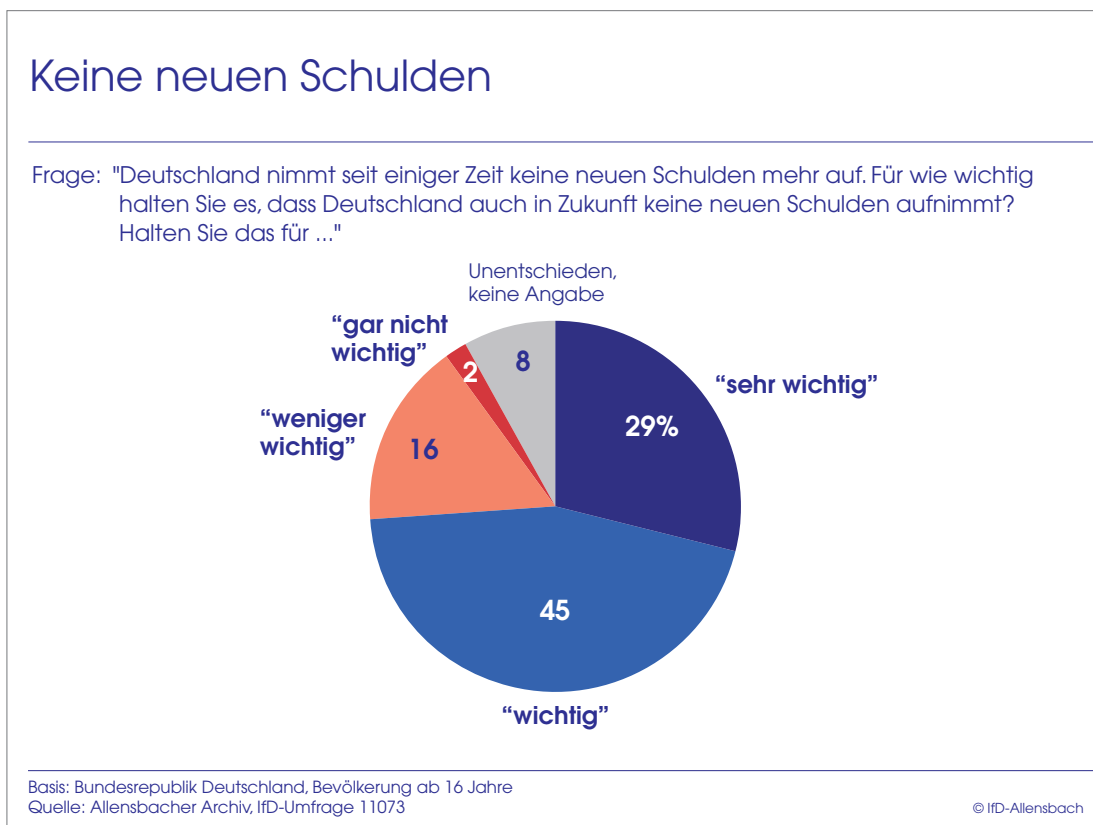


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11073

© IfD-Allensbach

Der großen Mehrheit ist es jedoch wichtig oder sogar sehr wichtig, dass Deutschland auch in Zukunft keine neuen Schulden mehr aufnimmt. 29 Prozent der Bevölkerung halten dies für sehr wichtig, weitere 45 Prozent für wichtig; weniger als jeder Fünfte misst der Entwicklung der Staatsfinanzen keine große Bedeutung bei.

Schaubild 10



Die große Mehrheit befürwortet auch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für die Entwicklung der Bundes- und Länderfinanzen. 66 Prozent halten die Schuldenbremse für richtig, lediglich 11 Prozent äußern sich kritisch. Dieses Votum ist zwar eindeutig, aber nicht mehr von einem so verbreiteten Konsens getragen wie noch 2012, als die Entwicklung der Staatsfinanzen die Bevölkerung noch ungleich mehr beunruhigte als heute. Damals befürworteten annähernd 80 Prozent die Schuldenbremse, während lediglich 5 Prozent die Gegenposition bezogen.

Große, aber rückläufige Unterstützung der Schuldenbremse

Frage: "Um die hohe Staatsverschuldung zu bekämpfen, wurde eine sogenannte Schuldenbremse ins Grundgesetz aufgenommen. Diese sieht unter anderem vor, dass der Bund (ab) seit dem Jahr 2016 kaum neue Schulden und die einzelnen Bundesländer ab dem Jahr 2020 gar keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen. Finden Sie es grundsätzlich gut, dass eine Schuldenbremse für Bund und Länder festgelegt wurde, oder finden Sie das nicht gut?"

	2012	2017
	%	%
Finde das gut	79	66
Finde das nicht gut	5	11
Unentschieden, keine Angabe	16	23
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11001, 11073

© IfD-Allensbach

Gleichzeitig schwinden jedoch immer mehr die Zweifel, ob die Vorgaben der Schuldenbremse wirklich eingehalten werden. 2012 befürworteten zwar annähernd 80 Prozent die Schuldenbremse, gleichzeitig zweifelten jedoch 60 Prozent an ihrer Umsetzung. Dieser Anteil ist bis heute auf 43 Prozent gesunken, während 29 Prozent überzeugt sind, dass der Bund die gesetzlich verankerten Vorgaben auch langfristig einhalten kann und wird.

Weniger Zweifel an der Realisierungschance

Frage: "Die Schuldenbremse im Grundgesetz schreibt vor, dass der Bund (ab) seit dem Jahr 2016 kaum mehr neue Schulden aufnehmen darf. Halten Sie es für realistisch, dass der Bund diese Vorgabe (2017: langfristig) einhält, oder halten Sie das nicht für realistisch?"

	2012	2015	2017
	%	%	%
Realistisch	18	28	29
Nicht realistisch	60	51	43
Unentschieden, keine Angabe	22	21	28
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11001, 11034 und 11073

© IfD-Allensbach

Die Schuldenbremse wird immer weniger als Risiko für den Lebensstandard in Deutschland empfunden. 2012 waren noch 21 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass ein Verzicht auf neue Schulden den Lebensstandard in Deutschland beeinträchtigen würde; heute glauben dies noch 16 Prozent. 56 Prozent sehen keine Auswirkungen eines Verzichts auf neue Schulden auf den Lebensstandard der Bürger; nur eine kleine Minderheit kann sich allerdings vorstellen, dass ein Verzicht auf neue Schulden den Lebensstandard der Bevölkerung positiv beeinflussen würde.

Wenig Sorgen über Beeinträchtigung des Lebensstandards

Frage: "Wenn Deutschland nun (2017: langfristig) keine neuen Schulden mehr aufnehmen würde: Glauben Sie, dass dann der Lebensstandard in Deutschland sinken würde, oder würde er steigen, oder würde sich der Lebensstandard kaum ändern?"

	2012	2017
	%	%
Würde sinken	21	16
Würde steigen	5	6
Würde sich kaum ändern	47	56
Unmöglich zu sagen, keine Angabe	27	22
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11001, 11073

© IfD-Allensbach

Mittelfristig geht die Mehrheit der Bevölkerung davon aus, dass der Staat keine neuen Schulden aufnimmt oder sogar Schulden abbaut. 36 Prozent erwarten lediglich einen Verzicht auf Neuverschuldung, 17 Prozent darüber hinaus auch einen Abbau bestehender Schulden. Dagegen gehen 25 Prozent der Bürger davon aus, dass Deutschland mittelfristig wieder seine Verschuldung erhöhen wird.

Prognose der Bürger

Frage: "Was glauben Sie: Wird Deutschland mittelfristig seine Staatsschulden abbauen, oder wird es zwar keine neuen Schulden aufnehmen, aber auch keine Schulden abbauen, oder wird Deutschland mittelfristig neue Schulden aufnehmen?"

	Bevölkerung insgesamt	Politisch –	
		Interessierte	Desinteressierte
	%	%	%
Schulden abbauen	17	18	15
Keine neuen Schulden aufnehmen	36	42	30
Neue Schulden aufnehmen	25	24	25
Unentschieden, keine Angabe	22	16	30
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11073

© IfD-Allensbach

PRÄFERENZ FÜR MEHR INVESTITIONEN DES STAATES

Eine allmähliche Rückführung der nach wie vor hohen Staatsschulden hält knapp die Hälfte der Bürger grundsätzlich für einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung einer guten Zukunft des Landes. Damit liegt dieser Punkt allerdings im unteren Drittel der nach Vorstellung der Bürger zukunftsentscheidenden Faktoren. An der Spitze rangieren ein hervorragendes Bildungssystem, die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte, die Eindämmung sozialer Unterschiede, eine erfolgreiche Terrorabwehr und die Erhaltung des bisherigen Standards an sozialer Absicherung. Zwischen rund 70 und über 80 Prozent der Bevölkerung halten diese Aspekte für zukunftsentscheidend. Knapp zwei Drittel nennen darüber hinaus die Bewältigung der Flüchtlingssituation, 61 Prozent die Förderung von wissenschaftlichem Fortschritt und Innovationen, 60 Prozent die langfristige Sicherung der Energieversorgung.

Im Vergleich zu diesen Zielen rangiert der Abbau der Staatsverschuldung deutlich niedriger, nur knapp vor der Sicherung von flächendeckend schnellem Internet und generell guten Standortbedingungen für Unternehmen.

Was sichert dem Land eine gute Zukunft?

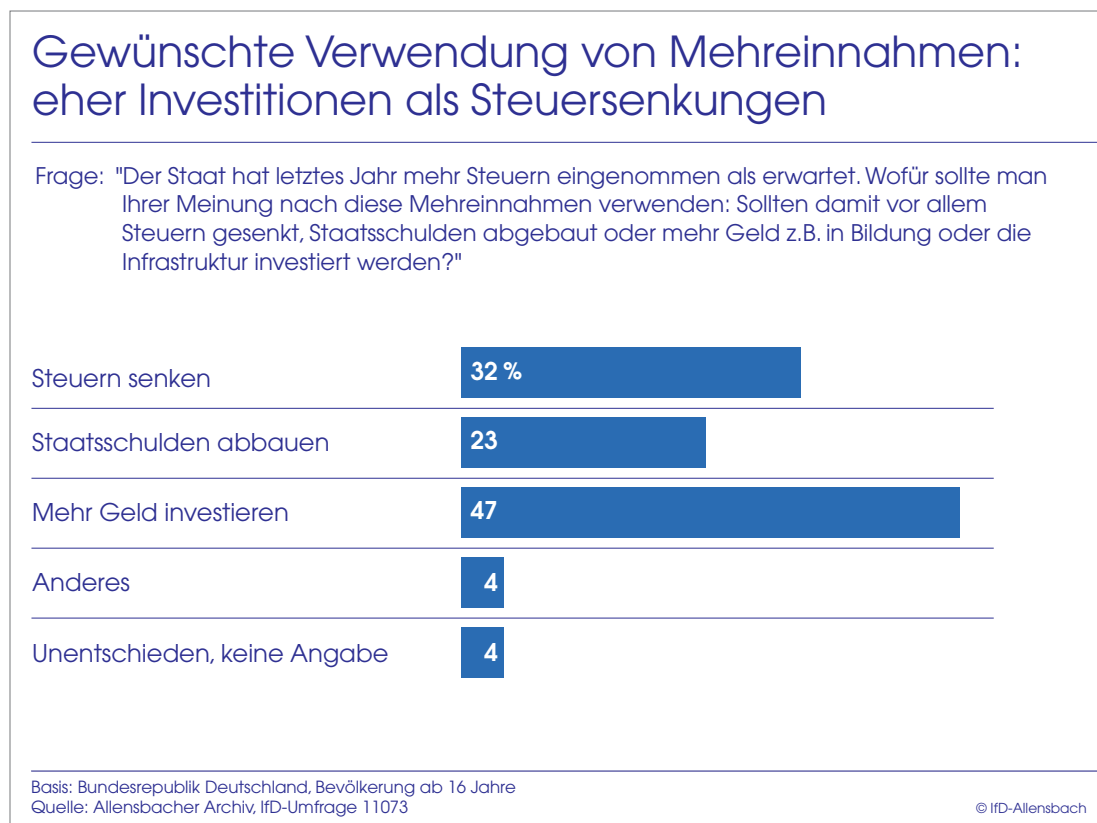


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11073

© IfD-Allensbach

Die Bedeutung von Zielen entscheidet sich jedoch vor allem in der Konkurrenz mit anderen Zielen. Wenn der Wunsch nach einem Abbau der bestehenden Staatsschulden mit den Zielen, die Steuern zu senken oder mehr zu investieren steht, rangiert der Abbau der Staatsschulden mit Abstand auf dem dritten Rang. Nur 23 Prozent der Bevölkerung plädieren dafür, die Mehreinnahmen des Staates vor allem für den Abbau von Staatsschulden zu verwenden; jeder Dritte hält es für wichtiger, Steuern zu senken. Am ehesten würde die Bevölkerung die staatlichen Überschüsse jedoch investieren, zum Beispiel in Bildung oder in die Infrastruktur. 47 Prozent der Bürger plädieren für eine Erhöhung der staatlichen Investitionen – weitaus mehr als sich dafür aussprechen, die Überschüsse vor allem für Steuersenkungen einzusetzen. Interessanterweise unterscheiden sich hier auch die Präferenzen der verschiedenen Einkommensgruppen nur marginal.¹

Schaubild 16



¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 21

Wenn die Ziele nicht konkurrierend abgefragt werden, spricht sich erwartungsgemäß die Mehrheit auch für eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuern aus. Der Anteil der Bürger, die mehr in Bildung investieren möchten, ist jedoch weitaus höher: 74 Prozent plädieren dafür, die staatlichen Überschüsse für mehr Investitionen in das Bildungssystem einzusetzen, 53 Prozent (auch) für eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuern. 54 Prozent möchten die Mehreinnahmen auch speziell zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags einsetzen, 58 Prozent für die Senkung der Sozialabgaben. Damit rangiert die Senkung der Sozialabgaben zwar höher als die Senkung der Steuern, aber nur relativ knapp. Viele wünschen hier auch die gleichzeitige Senkung von Sozialabgaben und die Erhöhungen der Leistungen: So sprechen sich 58 Prozent für die Senkung von Sozialabgaben aus, 57 Prozent für die Erhöhung der Renten.

Der Abbau der Staatsschulden rangiert auch in dieser differenzierteren Frage klar hinter mehr Investitionen und der Reduzierung von Steuern und Abgaben. Lediglich 36 Prozent plädieren bei dieser Frage, die die verschiedenen Verwendungszwecke nicht konkurrierend abfragte, für den Abbau der Staatsschulden. Noch weniger Unterstützung finden höhere Aufwendungen für sozial Schwächere oder mehr Investitionen in die Integration von Flüchtlingen.

Gewünschte Verwendung

Frage: "Der Staat hat letztes Jahr mehr Steuern eingenommen als erwartet. Wofür sollte man Ihrer Meinung nach diese Mehreinnahmen vor allem verwenden? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste hier."

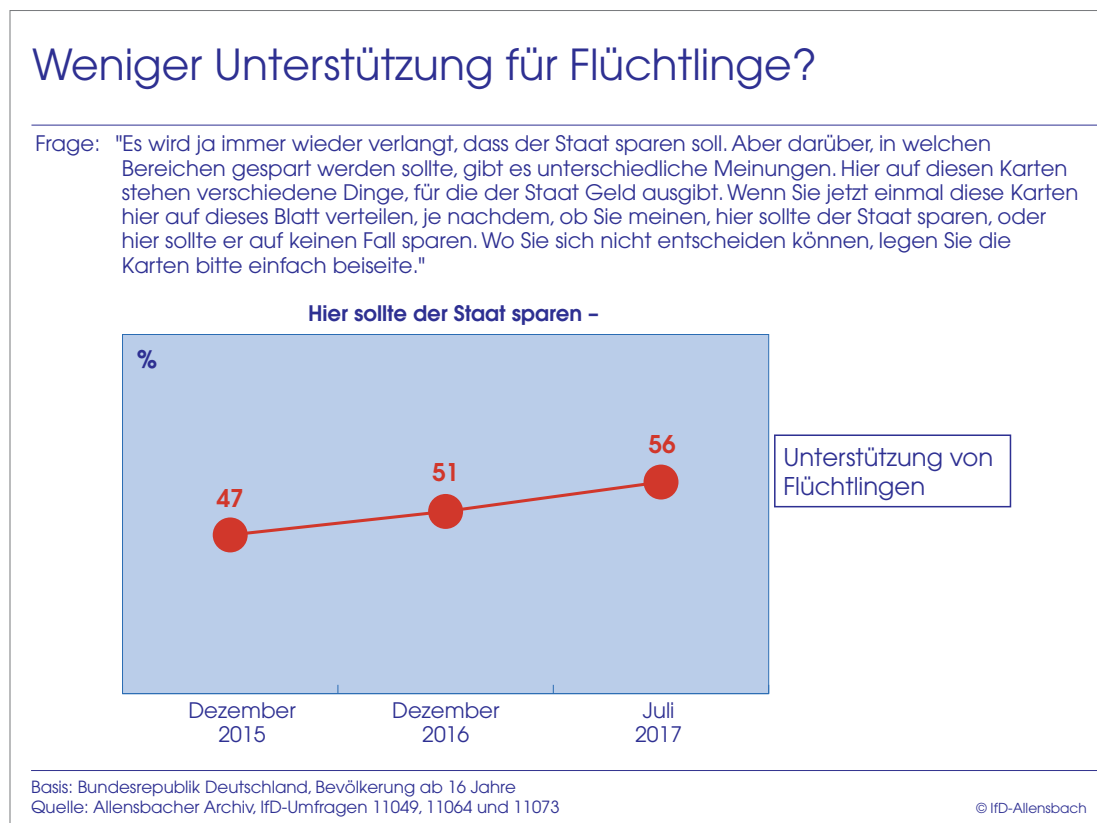


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11073

© IfD-Allensbach

Insgesamt sehen die Bürger viele Bereiche, in denen der Staat mehr investieren müsste, weitaus weniger dagegen, wo sie Einsparungen für sinnvoll halten. Einsparungen hält die große Mehrheit in erster Linie bei der staatlichen Verwaltung und den Ausgaben für Beamte und deren Pensionen für möglich und wünschenswert, bei der Unterstützung verschuldeter Länder in der Euro-Zone, bei der Förderung der neuen Bundesländer, Subventionen für Wirtschaftszweige und die Unterstützung von Flüchtlingen. 80 Prozent möchten bei der staatlichen Verwaltung den Rotstift ansetzen, 74 Prozent speziell bei den Ausgaben für Beamte und deren Pensionen, 70 Prozent bei der Förderung der neuen Bundesländer und 56 Prozent bei der Unterstützung von Flüchtlingen. Während die staatliche Verwaltung und speziell die Ausgaben für Beamte und deren Pensionen wie auch die Förderung der neuen Bundesländer seit Jahren stabil als Streichkandidaten gelten, nimmt die Forderung, die Unterstützung von Flüchtlingen zurückzufahren, seit Ende 2015 kontinuierlich zu. Im Dezember 2015 plädierten 47 Prozent für Einsparungen auf diesem Gebiet, ein Jahr später 51 Prozent, jetzt 56 Prozent.

Schaubild 18



Ein Teil trennt hier jedoch zwischen der Unterstützung von Flüchtlingen und Maßnahmen zur Integration von Ausländern. Während 56 Prozent bei der Unterstützung sparen möchten, votieren 43 Prozent dafür, den Rotstift bei den Integrationsmaßnahmen anzusetzen. Ähnlich hoch ist die Unterstützung für Kürzungen bei der Ausstattung der Bundeswehr und der Entwicklungshilfe. Ganz anders werden die Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Renten, Kinderbetreuung, innere Sicherheit, Umweltschutz und Infrastruktur bewertet. Hier fordert durchgängig nur eine kleine Minderheit Kürzungen, die überwältigende Mehrheit dagegen eine Ausweitung der Ausgaben.

Wo sollte der Staat sparen?



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11073

© IfD-Allensbach

Insbesondere in die Ausstattung von Schulen, in das Gesundheitswesen, die Ausstattung der Polizei und die Infrastruktur für Kinderbetreuung sowie die Unterstützung von Familien mit Kindern sollte nach Ansicht der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung mehr investiert werden. 93 Prozent votieren für mehr Investitionen in die Ausstattung von Schulen, 84 Prozent in die Ausstattung der Polizei, 83 Prozent für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Zwischen 75 und 80 Prozent votieren auch für mehr Investitionen in Umweltschutz, Forschungsförderung und das Rentensystem, rund sieben von zehn Bürgern plädieren für mehr Ausgaben für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, öffentlicher Einrichtungen wie Schwimmbäder und Büchereien, die Förderung von erneuerbarer Energien und die Ausstattung von Universitäten.

In Bezug auf die Entwicklungshilfe und die Ausstattung der Bundeswehr halten sich die Stimmen für Einsparungen und diejenigen, die für mehr Investitionen plädieren, die Waage. Jeweils 43 Prozent sprechen sich für Kürzungen in diesen Bereichen aus, jeweils 44 Prozent für mehr Investitionen. Auch in Bezug auf die Alimentierung von Arbeitslosen ist das Meinungsbild gespalten. 42 Prozent der Bevölkerung plädieren für eine Ausweitung der Ausgaben, 37 Prozent eher für Kürzungen. Folgte man dieser Ausgabenagenda der Bevölkerung, bliebe für eine Rückführung von Schulden oder auch Steuerentlastungen kaum Spielraum.

... und hier sollte der Staat auf jeden Fall mehr Geld ausgeben



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11073

© IfD-Allensbach

SUBJEKTIVE STEUERBELASTUNG

In der öffentlichen Diskussion entsteht oft der Eindruck, dass die Bürger zunehmend unter der Steuerbelastung leiden. Interessanterweise wird die Steuerbelastung heute subjektiv geringer empfunden als vor 10 Jahren: So lag der Anteil, der sich außerordentlich stark durch Steuern belastet fühlt, 2008 bei 33 Prozent, aktuell bei 18 Prozent. Schon 2011 hatte sich der Anteil, der über eine sehr hohe Belastung durch Steuern klagte, annähernd auf dieses Niveau reduziert. Die Frage enthielt insgesamt vier Belastungsstufen von A (ausgesprochen starke Belastung) bis D (geringe Belastung). Die zweite Belastungsstufe wählten 2008 wie heute 41 Prozent; sie empfinden die Steuern durchaus als hoch, aber nicht als außerordentlich große Belastung. Die beiden niedrigen Skalenstufen C und D wurden 2008 von knapp jedem Fünften gewählt, um die eigene subjektive Steuerbelastung zu beschreiben, heute von jedem Dritten.

Schaubild 21

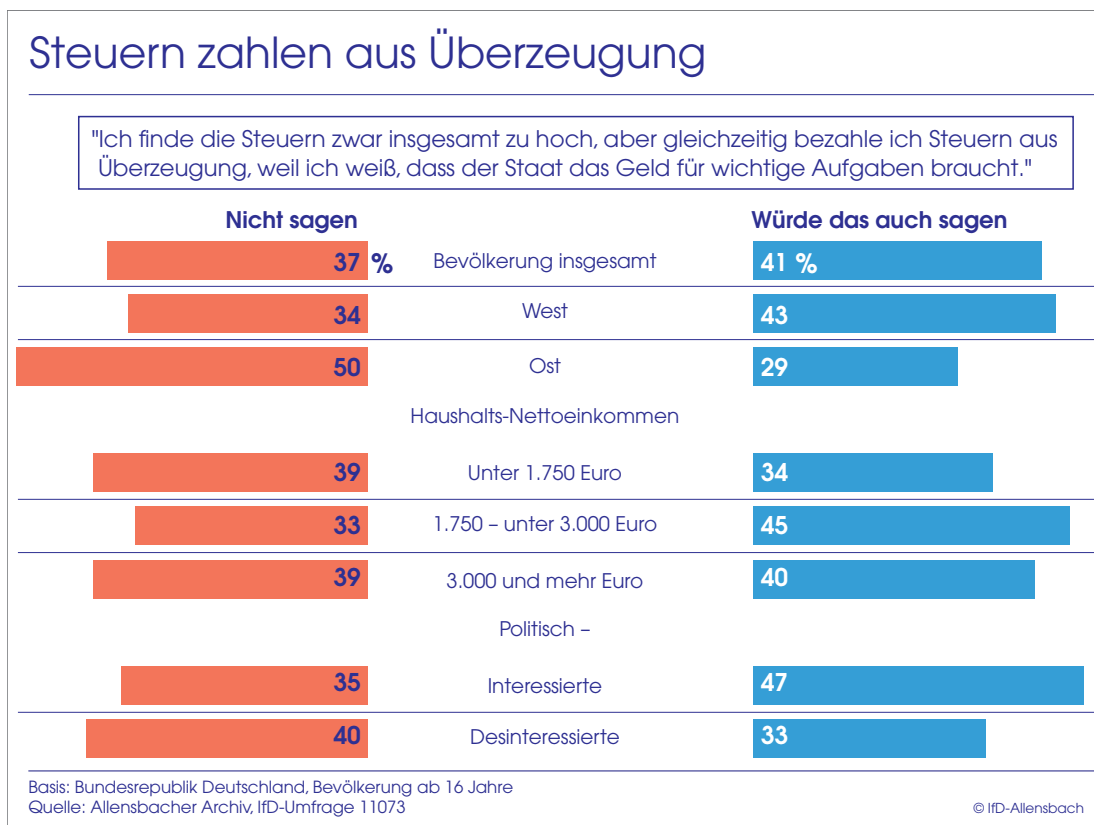
Subjektive Steuerbelastung: seit mehreren Jahren stabil					
Frage: "Als wie drückend empfinden Sie die Belastung durch Steuern und Abgaben – könnten Sie es nach diesem Bildblatt sagen? Es geht so: Das kleine Quadrat unten bedeutet geringe Belastung, und das große Quadrat oben bedeutet außerordentlich starke Belastung. Welche Stufe würden Sie für sich sagen?"					
	2006	2008	2011	2013	2017
	%	%	%	%	%
A: starke Belastung	24	33	19	18	18
B	44	41	39	40	41
C	16	15	22	26	25
D: geringe Belastung	5	4	8	8	7
Zahle keine Steuern, Abgaben	11	7	12	8	9
	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11073

© IfD-Allensbach

Ein erheblicher Teil der Bürger stuft die Steuern zwar insgesamt als zu hoch ein, macht aber gleichzeitig seinen Frieden mit den Steuerlasten – aus der Überzeugung heraus, dass der Staat die Mittel für wichtige Aufgaben braucht. 41 Prozent der Bevölkerung vertreten diese Auffassung, in Westdeutschland weitaus mehr als in Ostdeutschland. 43 Prozent der Westdeutschen, aber nur 29 Prozent der Ostdeutschen stimmen hier zu, 50 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung widersprechen dezidiert. Die Unterschiede in den Reaktionen der verschiedenen Einkommensgruppen sind bemerkenswert gering. Überdurchschnittlich vertreten die Bezieher mittlerer Einkommen die Position, dass die Steuerlast insgesamt zwar zu hoch sei, dass man aber gleichzeitig aus Überzeugung diese Steuern zahlt. Politisch interessierte Bevölkerungskreise vertreten diese Auffassung signifikant häufiger als Desinteressierte.

Schaubild 22



Die Belastung durch die einzelnen Steuerarten wird sehr unterschiedlich empfunden. Am stärksten fühlt sich die Bevölkerung durch die Lohn- und Einkommensteuer und die Mehrwertsteuer belastet, gefolgt von den Beiträgen zur Krankenversicherung und der Mineralölsteuer. Erst mit großem Abstand folgen die Kfz-Steuer, die Beiträge zur Rentenversicherung und der Solidaritätszuschlag. Während 51 Prozent die Lohn- und Einkommensteuer zu den Steuerarten rechnen, die sie besonders stark belasten, führen nur 23 Prozent auch den Solidaritätszuschlag an.

Subjektive Belastung durch einzelne Steuerarten



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11073

© IfD-Allensbach

Während die Lohn- und Einkommensteuer von den Beziehern überdurchschnittlicher Einkommen weit überdurchschnittlich als Belastung angeführt wird, gilt dies interessanterweise kaum für den Solidaritätszuschlag. 32 Prozent der Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen stufen die Lohn- und Einkommensteuer als besonders belastend ein, dagegen zwei Drittel der Bezieher überdurchschnittlicher Einkommen. Die Bandbreite der Klagen über den Solidaritätszuschlag reicht dagegen nur von 21 bis 25 Prozent.

	Haushaltsnettoeinkommen		
	Unter 1.750 Euro	1.750 bis unter 3.000 Euro	3.000 Euro und mehr
<u>Wie belastend werden die verschiedenen Steuerarten in den verschiedenen Einkommensgruppen empfunden?</u>	%	%	%

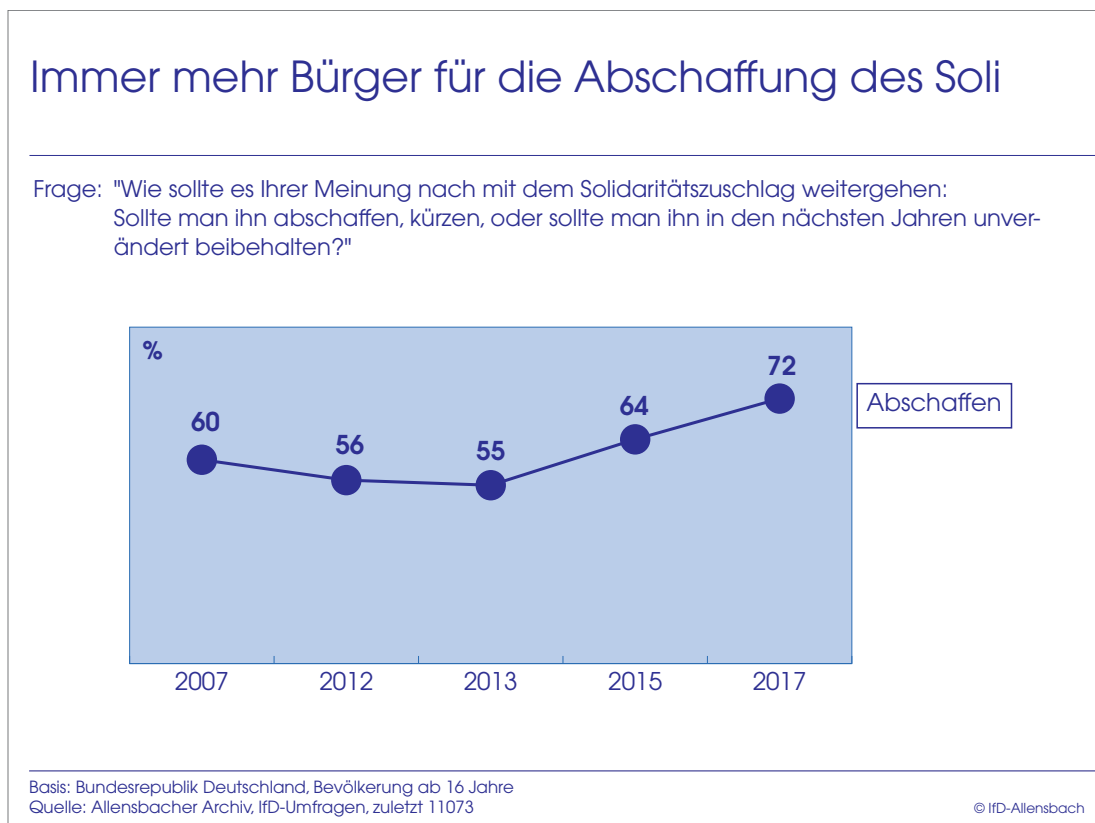
Es fühlen sich besonders stark belastet durch –

• Lohn- und Einkommenssteuer	32	49	64
• Mehrwertsteuer	50	51	50
• Beiträge zur Krankenversicherung	35	43	45
• Mineralölsteuer	34	41	41
• Kfz-Steuer	25	30	24
• Beiträge zur Rentenversicherung	16	24	29
• Solidaritätszuschlag	21	22	25
• Ökostrom-Umlage bzw. EEG-Umlage	20	19	22
• Beiträge zur Arbeitslosenversicherung	10	18	21
• Grundsteuer	10	11	18
• Tabaksteuer	19	14	10

Breite Mehrheit für Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Obwohl der Solidaritätszuschlag nur von einer Minderheit der Bürger und auch nur von einer Minderheit der Berufstätigen als besonders belastend empfunden wird, plädiert die große Mehrheit für seine Abschaffung. Der Konsens war hier noch nie vergleichbar breit: Zwar sprachen sich in den letzten zehn Jahren immer klare Mehrheiten für die Abschaffung des Soli aus, aber noch nie über 70 Prozent. Vor vier Jahren votierten 55 Prozent für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, vor zwei Jahren 64 Prozent, aktuell 72 Prozent.

Schaubild 24



Die deutliche Verbesserung der Situation der Staatsfinanzen und die öffentliche Diskussion über die Zukunft des Soli zeigen hier Wirkung. Gleichzeitig gibt es jedoch

nach wie vor einen gravierenden Unterschied zwischen West und Ost: Während in Westdeutschland annähernd 80 Prozent der Bevölkerung für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags votieren, unterstützen dies lediglich 43 Prozent der Ostdeutschen. 19 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung möchten den Soli nicht abschaffen, aber kürzen, weitere 22 Prozent ihn in voller Höhe beibehalten. Dies ist in Westdeutschland die Position einer verschwindenden Minderheit.

Schaubild 25

Soli-Abschaffung: Dissens West – Ost ...			
Frage: "Zurzeit wird auf alle Einkommen ein sogenannter Solidaritätszuschlag erhoben. Wie sollte es Ihrer Meinung nach mit dem Solidaritätszuschlag weitergehen: Sollte man ihn abschaffen, kürzen, oder sollte man ihn in den nächsten Jahren unverändert beibehalten?"			
	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
Solidaritätszuschlag –	%	%	%
abschaffen	72	79	43
kürzen	12	10	19
beibehalten	9	6	22
Unentschieden, keine Angabe	7	5	16
	100	100	100

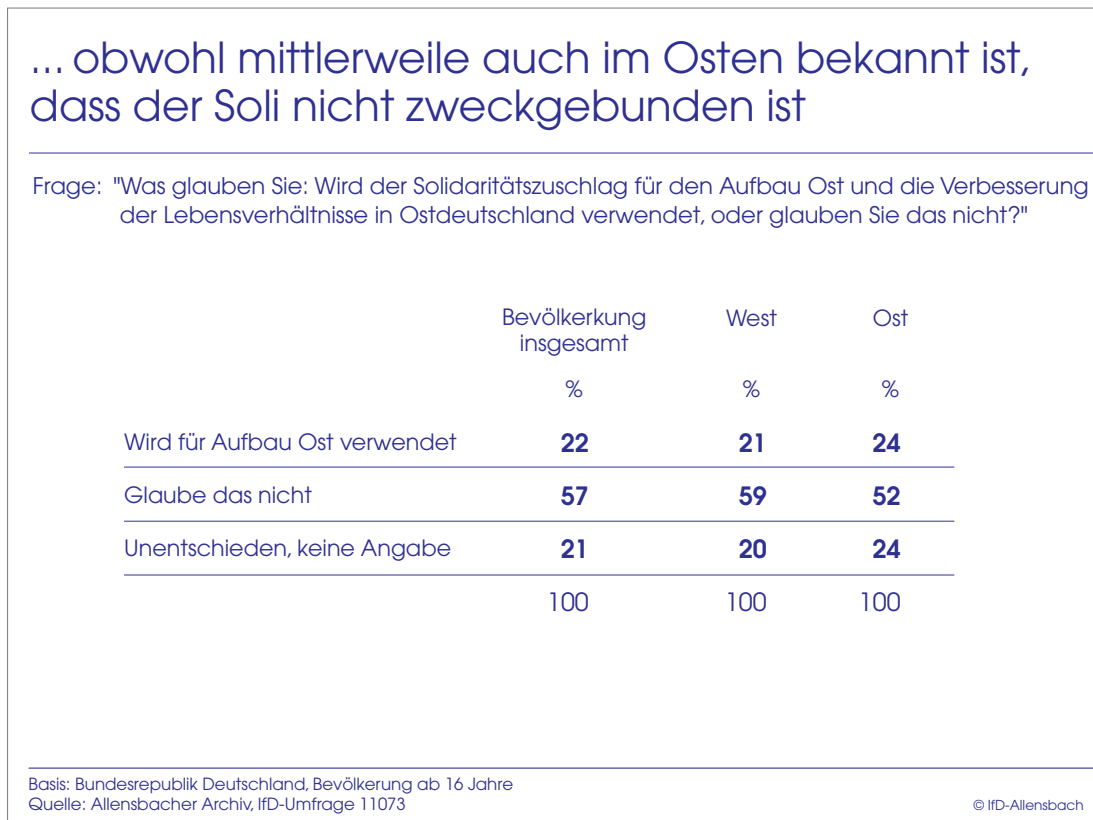
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11073

© IfD-Allensbach

Diese Meinungsverschiedenheit ist überraschend, da mittlerweile auch die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung zweifelt, dass der Solidaritätszuschlag etwas mit Aufbau Ost bzw. der weiteren Verbesserung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland zu tun hat. Nur noch 21 Prozent der Westdeutschen und 24 Prozent der Ostdeutschen gehen davon aus, dass der Solidaritätszuschlag zweckgebunden ist und primär für die

Verbesserung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland eingesetzt wird. 59 Prozent der Westdeutschen und 52 Prozent der Ostdeutschen wissen, dass das nicht der Fall ist; ein erheblicher Teil von rund einem Fünftel der Bevölkerung ist in dieser Frage unsicher.

Schaubild 26



Knapp ein Fünftel der ostdeutschen Bevölkerung befürchtet auch, dass schon eine bloße Kürzung des Solidaritätszuschlags dazu führen würde, dass es Ostdeutschland schlechter geht. 48 Prozent halten das für unwahrscheinlich, in Westdeutschland 62 Prozent. Immerhin ein Drittel der Ostdeutschen und 27 Prozent der Westdeutschen trauen sich hier jedoch keine Einschätzung zu. Diese Unsicherheit trägt wesentlich dazu bei, dass weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung zur Kürzung bzw. Abschaffung des Soli eine ambivalente Haltung einnehmen.

Leidet der Osten ohne Soli?

Frage: "Einmal angenommen, man würde den Solidaritätszuschlag kürzen: Würde es Ostdeutschland dann Ihrer Meinung nach schlechter gehen, oder würden Sie das nicht erwarten?"

	Personen, die glauben, der Solidaritätszuschlag werde für den Aufbau Ost verwendet		
	insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Würde schlechter gehen	12	11	18
Würde das nicht sagen	59	62	48
Unentschieden, keine Angabe	29	27	34
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die glauben, der Solidaritätszuschlag werde für den Aufbau Ost verwendet
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11073

© IfD-Allensbach

Allensbach am Bodensee,
 am 24. August 2017

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewiesen wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Haushaltsnettoeinkommen

Hierbei handelt es sich um das monatliche Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder zusammen

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

TABELLEN

Wirtschaftliche Lage

HALBGRUPPE A..... 712

WAS MEINEN SIE: WAS SIND GROSSE RISIKEN FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG VON DEUTSCHLAND, WO SEHEN SIE DA VOR ALLEM
 GEFAHREN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 3/A)

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN		
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	712	534	178	351	361	117	137	201	257	167	221	267
DASS DIE UNTER- SCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH GRÖßER WERDEN.....	67.1	65.3	75.5	63.8	70.3	66.8	60.3	71.0	68.3	71.4	81.3	55.1
RADIKALE UND TERRORISTISCHE GRUPPIERUNGEN.....	65.2	66.3	60.6	66.1	64.4	56.9	64.8	67.9	67.7	62.0	69.8	63.9
DIE VIELEN FLÜCHT- LINGE, DIE NACH DEUTSCHLAND GEKOMMEN SIND.....	59.9	59.5	61.6	61.7	58.1	48.8	60.3	65.1	61.1	64.7	62.6	55.9
INTERNATIONALE KRISEN UND KONFLIKTE	59.2	57.7	66.2	58.4	60.0	55.3	64.5	60.9	56.7	46.5	62.2	64.4
DIE DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG, ALSO DASS ES IMMER MEHR ÄLTERE UND IMMER WENIGER JÜNGERE GIBT	56.9	58.1	51.3	57.6	56.2	54.8	55.8	59.0	56.8	51.4	59.8	59.9
DASS DER ISLAMISCHE EINFLUSS ZU GROSS WIRD.....	56.0	55.7	57.4	56.3	55.8	44.7	55.3	54.0	64.1	57.0	63.1	51.1
DIE MÄNGEL IN UNSE- REM BILDUNGSSYSTEM..	50.7	48.7	59.4	47.9	53.3	60.9	54.1	50.2	43.8	47.1	51.1	52.5
STEIGENDER RECHTSEXTREMISMUS...	48.7	48.0	51.5	44.7	52.4	40.3	51.6	43.3	55.8	50.8	54.7	44.6
DIE KLIMAERWÄRMUNG..	48.2	50.3	38.6	47.4	48.9	45.3	48.4	45.6	51.6	48.5	53.5	44.2
DASS UNSERE SOZIAL- SYSTEME NICHT MEHR FINANZIERBAR SEIN KÖNNTEN.....	42.5	44.1	35.4	41.9	43.1	32.7	42.1	45.9	45.0	39.1	47.8	40.6
DIE WIRTSCHAFTSLAGE IN DER EURO-ZONE....	41.1	42.0	36.8	40.6	41.5	32.9	40.5	43.7	43.5	39.0	38.2	44.3

HALBGRUPPE A..... 712

WAS MEINEN SIE: WAS SIND GROSSE RISIKEN FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG VON DEUTSCHLAND, WO SEHEN SIE DA VOR ALLEM
 GEFAHREN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 3/A)

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVerschULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/ KAUM	AB- SCHAF- FEN	KÜRZEN	BEIBE- HALTEN
Basis	410	302	272	186	33	64	76	54	136	533	483	99	69
DASS DIE UNTER- SCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH GRÖßER WERDEN.....	67.6	66.6	64.0	74.2	50.6	74.9	79.3	52.7	64.6	68.0	67.3	68.8	63.1
RADIKALE UND TERRORISTISCHE GRUPPIERUNGEN.....	66.7	63.4	72.0	59.7	70.2	59.7	47.8	74.8	69.7	64.5	66.0	66.2	64.0
DIE VIELEN FLÜCHT- LINGE, DIE NACH DEUTSCHLAND GEKOMMEN SIND.....	56.4	64.0	64.8	55.7	56.1	37.4	37.8	96.4	72.5	57.2	64.3	54.7	37.8
INTERNATIONALE KRISEN UND KONFLIKTE	64.3	53.2	55.3	61.1	56.1	70.4	68.0	58.9	61.4	60.0	58.0	71.1	56.5
DIE DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG, ALSO DASS ES IMMER MEHR ÄLTERE UND IMMER WENIGER JÜNGERE GIBT	59.2	54.1	60.5	63.6	55.0	64.0	44.0	36.1	55.0	58.0	56.8	64.3	54.2
DASS DER ISLAMISCHE EINFLUSS ZU GRÖß WIRD.....	53.7	58.9	61.1	52.5	57.4	40.7	36.0	86.4	63.5	54.3	59.6	52.3	44.9
DIE MÄNGEL IN UNSE- REM BILDUNGSSYSTEM..	54.3	46.4	46.9	46.3	78.8	57.9	69.4	42.9	49.3	51.0	48.2	61.0	54.3
STEIGENDER RECHTSEXTREMISMUS...	53.0	43.5	49.5	49.5	49.2	62.1	55.7	27.0	47.9	49.8	48.1	49.3	57.7
DIE KLIMAERWÄRMUNG..	52.4	43.1	49.5	47.2	55.2	66.2	49.5	25.5	46.3	49.6	48.5	49.0	40.5
DASS UNSERE SOZIAL- SYSTEME NICHT MEHR FINANZIERBAR SEIN KÖNNTEN.....	43.6	41.1	42.3	44.4	36.8	38.4	39.6	52.3	46.6	42.0	45.9	46.3	29.9
DIE WIRTSCHAFTSLAGE IN DER EURO-ZONE....	47.1	33.8	38.1	40.8	58.8	35.6	44.8	44.2	50.8	40.3	44.2	33.3	41.1

HALBGRUPPE B..... 691

ES GIBT JA VERSCHIEDENE MEINUNGEN DARÜBER, WAS WICHTIG IST, UM DEUTSCHLAND VORANZUBRINGEN, UM DEUTSCHLAND EINE GUTE ZUKUNFT ZU SICHERN. HIER IST EINIGES AUFGESCHRIEBEN, WAS FÜR DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS WICHTIG SEIN KANN. WAS DAVON WÜRDEN AUCH SIE SAGEN? (LISTENVORLAGE) (FRAGE 3/B)

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN		
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	691	513	178	333	358	111	136	198	246	156	224	258
EIN HERVORRAGENDES BILDUNGSSYSTEM.....	83.2	82.5	86.7	82.6	83.9	84.5	84.4	80.6	84.1	79.1	80.1	87.7
DASS WIR QUALIFI- ZIERTE FACHKRÄFTE AUSBILDEN.....	79.6	79.7	79.2	82.8	76.6	77.9	75.7	81.1	81.7	76.7	73.1	86.3
DASS DIE UNTER- SCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH NICHT ZU GROSS WERDEN.....	79.6	79.1	81.7	78.4	80.7	81.5	83.0	77.4	78.4	76.2	82.5	77.3
DASS DIE TERRORAB- WEHR IN DEUTSCHLAND ERFOLGREICH IST.....	70.6	72.2	63.4	69.4	71.7	66.9	67.1	74.2	71.6	62.6	72.6	73.2
DASS WIR UNSEREN STANDARD AN SOZIALER ABSICHERUNG ERHALTEN	69.4	69.2	70.1	68.1	70.6	63.1	71.8	67.9	72.4	62.5	73.4	68.8
DASS DEUTSCHLAND DIE FLÜCHTLINGSSITUATION BEWÄLTIGT.....	64.2	67.3	50.3	62.3	65.9	62.6	60.1	66.8	65.2	55.2	63.5	71.1
DASS IN DEUTSCHLAND WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT UND INNOVATIONEN GEFÖRDERT WERDEN....	60.9	60.6	62.3	64.4	57.5	63.1	56.5	68.4	56.1	51.9	56.6	69.4
DASS DIE ENERGIEVER- SORGUNG LANGFRISTIG GESICHERT IST.....	60.4	61.7	55.0	63.5	57.6	60.4	51.6	60.1	66.1	54.5	58.6	64.2
DASS DER UMWELT- UND KLIMASCHUTZ GEFÖRDERT WIRD.....	59.4	61.9	47.9	55.1	63.4	58.9	53.3	68.3	55.9	50.5	57.0	65.8
BEKÄMPFUNG DES RECHTSEXTREMISMUS....	58.2	60.8	46.8	59.5	57.0	54.2	53.5	61.0	61.0	51.5	54.8	63.8
DASS AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND MÖGLICHT GUT INTEGRIERT WERDEN...	48.8	51.8	35.4	46.0	51.4	53.7	45.3	47.3	49.5	47.3	44.6	54.6

HALBGRUPPE B..... 691

ES GIBT JA VERSCHIEDENE MEINUNGEN DARÜBER, WAS WICHTIG IST, UM DEUTSCHLAND VORANZUBRINGEN, UM DEUTSCHLAND EINE GUTE ZUKUNFT ZU SICHERN. HIER IST EINIGES AUFGESCHRIEBEN, WAS FÜR DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS WICHTIG SEIN KANN. WAS DAVON WÜRDEN AUCH SIE SAGEN? (LISTENVORLAGE) (FRAGE 3/B)

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVerschULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/ KAUM	AB- SCHAF- FEN	KÜRZEN	BEIBE- HALTEN
Basis	402	289	275	178	41	81	57	39	135	528	469	88	72
EIN HERVORRAGENDES BILDUNGSSYSTEM.....	88.1	77.5	86.6	79.2	87.8	88.7	79.6	71.3	76.3	85.8	81.5	86.4	89.2
DASS WIR QUALIFI- ZIERTE FACHKRÄFTE AUSBILDEN.....	85.3	73.0	82.8	76.5	93.5	73.5	82.2	69.2	77.5	81.9	78.8	86.4	80.3
DASS DIE UNTER- SCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH NICHT ZU GROSS WERDEN.....	78.2	81.2	76.7	81.2	83.6	82.7	90.6	71.9	78.0	79.5	80.4	77.2	81.8
DASS DIE TERRORAB- WEHR IN DEUTSCHLAND ERFOLGREICH IST.....	70.9	70.2	76.2	68.2	78.4	65.6	60.5	58.8	70.9	70.6	73.8	61.8	57.4
DASS WIR UNSEREN STANDARD AN SOZIALER ABSICHERUNG ERHALTEN	71.2	67.3	67.6	77.0	74.0	66.2	76.1	48.5	68.0	70.2	70.9	74.0	55.4
DASS DEUTSCHLAND DIE FLÜCHTLINGSSITUATION BEWÄLTIGT.....	67.0	60.9	64.7	67.6	64.1	75.4	55.2	43.8	65.5	64.3	63.5	64.8	63.1
DASS IN DEUTSCHLAND WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT UND INNOVATIONEN GEFÖRDERT WERDEN....	69.7	50.5	60.0	57.9	78.1	59.4	69.7	57.9	58.4	63.6	59.6	63.8	58.0
DASS DIE ENERGIEVER- SORGUNG LANGFRISTIG GESICHERT IST.....	64.2	56.1	63.8	54.7	71.8	55.1	58.4	59.4	67.3	59.6	59.9	59.0	68.1
DASS DER UMWELT- UND KLIMASCHUTZ GEFÖRDERT WIRD.....	64.4	53.5	60.3	56.9	61.4	73.4	71.1	21.6	65.2	58.8	57.7	58.8	61.2
BEKÄMPFUNG DES RECHTSEXTREMISMUS...	63.8	51.7	63.9	56.9	61.5	70.6	60.5	5.9	58.7	58.7	58.4	55.7	61.6
DASS AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND MÖGLICHT GUT INTEGRIERT WERDEN...	54.4	42.2	52.8	42.3	44.8	60.5	58.9	21.8	44.2	52.1	48.1	46.1	46.0

Staatsverschuldung und Schuldenbremse

HALBGRUPPE B..... 691

DER STAAT HAT LETZTES JAHR MEHR STEUERN EINGENOMMEN ALS ERWARTET. WOFÜR SOLLTE MAN IHRER MEINUNG NACH DIESE MEHREINNAHMEN VOR ALLEM VERWENDEN? BITTE SAGEN SIE ES MIR NACH DIESER LISTE HIER. (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 34/B)

STEUEREINNAHMEN VOR ALLEM VERWENDEN FÜR -

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN		
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	691	513	178	333	358	111	136	198	246	156	224	258
UM MEHR GELD FÜR SCHULEN, FÜR BILDUNG ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN.....	73.8	72.1	81.3	74.3	73.2	72.4	71.5	74.1	75.7	62.5	71.6	80.2
UM DIE SOZIALABGABEN ZU SENKEN, Z.B. DIE BEITRÄGE ZUR RENTEN-, KRANKEN- UND ARBEITSLOSEN- VERSICHERUNG.....	57.9	57.0	62.1	57.4	58.4	59.7	49.1	58.7	61.5	59.7	66.7	48.7
UM DIE RENTEN ZU ERHÖHEN.....	56.9	57.0	56.5	56.1	57.6	43.5	47.4	52.7	73.1	56.2	66.0	47.5
ZUR ABSCHAFFUNG DES SOLIDARITÄTS- ZUSCHLAGS.....	54.2	60.4	26.5	58.2	50.3	39.6	55.4	56.8	58.9	51.8	52.1	57.6
ZUR SENKUNG DER LOHN- UND EINKOMMENSSTEUERN...	53.0	52.5	55.3	55.5	50.7	54.0	60.9	53.0	47.8	49.9	54.1	53.1
UM DIE KINDER- BETREUUNG FÜR KINDER UNTER 3 JAHRE KOSTENFREI ZU MACHEN	45.4	42.9	56.8	45.0	45.8	43.7	54.2	37.9	47.2	39.6	50.0	46.3
UM DAS STRASSEN- UND SCHIENENNETZ AUSZU- BAUEN BZW. ZU ERNEUERN.....	44.8	43.2	51.9	52.7	37.4	37.9	39.2	47.2	49.8	39.0	48.3	48.3
UM DIE STAATS- SCHULDEN ABZUBAUEN..	36.1	37.3	30.9	41.2	31.3	32.8	29.6	32.8	44.5	35.5	33.8	40.0
UM SOZIAL SCHWÄCHERE STÄRKER ZU UNTER- STÜTZEN, Z.B. HARTZ IV-EMPFÄNGER..	32.6	33.1	30.4	34.0	31.3	22.7	33.5	34.8	35.5	41.1	31.6	29.5

HALBGRUPPE B..... 691

DER STAAT HAT LETZTES JAHR MEHR STEUERN EINGENOMMEN ALS ERWARTET. WOFÜR SOLLTE MAN IHRER MEINUNG NACH DIESE MEHREINNAHMEN VOR ALLEM VERWENDEN? BITTE SAGEN SIE ES MIR NACH DIESER LISTE HIER. (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 34/B)

STEUEREINNAHMEN VOR ALLEM VERWENDEN FÜR -

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVerschULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/ KAUM	AB- SCHAF- FEN	KÜRZEN	BEIBE- HALTEN
Basis	402	289	275	178	41	81	57	39	135	528	469	88	72
UM MEHR GELD FÜR SCHULEN, FÜR BILDUNG ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN.....	81.7	64.5	75.0	69.3	81.1	81.1	82.5	53.0	78.3	73.1	73.1	71.8	84.3
UM DIE SOZIALABGABEN ZU SENKEN, Z.B. DIE BEITRÄGE ZUR RENTEN-, KRANKEN- UND ARBEITSLÖSEN- VERSICHERUNG.....	56.1	60.0	61.4	59.4	45.6	51.6	48.5	66.3	53.8	58.3	59.2	53.0	59.8
UM DIE RENTEN ZU ERHÖHEN.....	59.6	53.7	62.0	54.3	56.1	41.6	53.5	57.6	58.1	55.8	56.8	52.9	62.8
ZUR ABSCHAFFUNG DES SOLIDARITÄTS- ZUSCHLAGS.....	58.6	48.9	56.5	56.4	67.2	46.7	43.7	42.2	58.9	53.2	68.0	30.7	4.1
ZUR SENKUNG DER LOHN- UND EINKOMMENSSTEUERN...	51.6	54.7	51.5	59.6	55.5	46.0	39.5	62.3	54.2	52.6	55.9	54.7	38.2
UM DIE KINDER- BETREUUNG FÜR KINDER UNTER 3 JAHRE KOSTENFREI ZU MACHEN	45.5	45.4	40.1	52.2	44.8	47.8	51.5	44.0	44.7	46.2	44.9	48.3	49.2
UM DAS STRASSEN- UND SCHIENENNETZ AUSZU- BAUEN BZW. ZU ERNEUERN.....	53.0	35.2	42.1	46.7	72.4	38.8	50.3	38.7	49.6	45.7	45.1	42.3	47.8
UM DIE STAATS- SCHULDEN ABZUBAUEN..	41.0	30.3	43.2	36.6	35.3	24.4	14.1	36.4	57.0	31.2	38.0	29.6	31.5
UM SOZIAL SCHWÄCHERE STÄRKER ZU UNTER- STÜTZEN, Z.B. HARTZ IV-EMPFÄNGER..	33.3	31.8	27.7	31.4	11.2	51.0	59.2	25.4	37.3	30.8	32.4	27.6	35.4

HALBGRUPPE A..... 712

ES WIRD JA IMMER WIEDER VERLANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/A)

HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN:

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN		
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	712	534	178	351	361	117	137	201	257	167	221	267
STAATLICHE VERWALTUNG.....	79.8	78.9	83.4	80.1	79.5	72.5	77.7	82.9	82.3	74.4	83.9	78.8
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	77.3	77.2	77.5	76.7	77.8	70.4	82.3	76.8	78.3	77.0	81.1	75.8
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION...	74.2	72.1	83.4	75.0	73.4	72.4	72.2	80.1	71.4	76.3	74.9	71.6
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	70.1	79.6	27.9	73.6	66.7	71.3	70.6	73.0	66.7	64.4	72.7	70.6
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	60.3	60.9	57.6	63.1	57.6	59.6	64.5	64.1	54.9	53.9	59.3	64.8
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	56.0	54.4	62.9	56.6	55.4	54.6	56.7	62.6	50.8	58.0	54.8	56.1
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	43.2	41.7	49.7	44.6	41.8	37.9	43.8	45.6	43.6	46.9	43.7	42.2
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	43.1	40.5	54.2	41.1	45.0	46.7	38.5	41.3	45.3	56.4	41.2	39.7
ENTWICKLUNGSHILFE...	42.8	40.2	54.3	44.1	41.5	39.7	42.7	42.6	44.6	51.4	39.4	43.6
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	37.3	36.1	42.7	38.1	36.6	30.4	46.0	37.5	35.5	36.5	34.5	41.2
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	35.9	38.8	22.9	42.0	30.1	33.6	36.4	39.6	33.7	38.3	36.7	33.7

HALBGRUPPE A..... 712

ES WIRD JA IMMER WIEDER VERLANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/A)

HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN:

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN		
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	712	534	178	351	361	117	137	201	257	167	221	267
FÖRDERUNG VON ERNEUERBAREN ENER- GIEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	26.8	25.7	31.3	30.6	23.2	15.8	29.7	28.5	29.3	25.6	24.9	31.0
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN WIE SCHWIMMBÄDER, BÜCHEREIEN USW.	18.6	19.0	16.7	18.9	18.3	23.6	14.9	21.6	15.7	21.6	18.0	17.7
AUSBAU VON VERKEHRS- WEGEN WIE STRASSEN, BAHNSTRECKEN USW. ..	17.3	18.3	12.8	15.8	18.8	16.1	19.5	18.1	15.9	21.6	17.4	16.6
UMWELTSCHUTZ.....	14.6	14.5	15.0	15.2	14.0	11.2	17.6	12.8	16.2	20.1	12.2	13.8
AUSSTATTUNG DER UNIVERSITÄTEN.....	14.4	14.9	12.3	17.3	11.7	21.9	12.1	16.7	10.0	19.8	13.2	14.3
FORSCHUNGSFÖRDERUNG IN DEN BEREICHEN MEDIZIN, TECHNIK USW.	10.0	10.9	5.9	11.2	8.8	7.5	11.7	12.3	8.3	9.5	8.7	12.6
AUSSTATTUNG DER POLIZEI.....	8.9	9.0	8.7	7.2	10.5	13.0	11.5	7.7	6.2	16.3	8.3	5.8
UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN MIT KINDERN	8.1	8.0	8.4	9.0	7.3	7.8	5.0	8.1	10.2	12.3	4.5	9.1
AUSBAU VON KINDER- BETREUUNGS- EINRICHTUNGEN.....	8.0	9.0	3.5	7.9	8.2	7.9	11.1	7.1	7.0	9.5	7.8	6.9
RENTEN.....	6.7	7.0	5.8	8.2	5.4	14.1	8.3	5.9	2.7	6.0	6.0	8.9
AUSSTATTUNG VON SCHULEN.....	4.5	4.1	6.3	6.1	3.0	6.8	4.4	5.7	2.5	9.9	2.5	3.7

HALBGRUPPE A..... 712

ES WIRD JA IMMER WIEDER VERLANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/A)

HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN:

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVerschULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/ KAUM	AB- SCHAF- FEN	KÜRZEN	BEIBE- HALTEN
Basis	410	302	272	186	33	64	76	54	136	533	483	99	69
STAATLICHE VERWALTUNG.....	83.3	75.5	80.5	81.4	97.4	87.3	69.2	68.9	80.6	80.4	81.8	75.7	79.8
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	73.9	81.2	80.9	80.9	89.6	63.5	53.8	89.2	86.9	76.0	79.7	68.8	72.8
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION...	72.4	76.3	73.8	73.9	86.4	74.3	71.5	71.7	78.4	73.6	76.1	67.2	77.4
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	72.9	66.7	72.9	74.4	88.5	76.8	51.1	60.0	80.7	69.5	78.2	62.4	38.7
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	62.1	58.1	59.1	60.8	81.2	61.6	48.3	73.4	65.4	60.1	63.7	58.7	48.6
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	51.5	61.3	58.3	52.7	86.1	20.6	38.2	84.1	70.1	52.9	59.3	55.8	45.3
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	43.2	43.1	43.4	36.9	60.2	18.7	31.7	86.8	57.1	40.2	46.2	42.2	33.2
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	42.6	43.6	38.8	39.5	46.1	57.7	62.5	32.8	41.3	43.9	39.5	47.3	56.6
ENTWICKLUNGSHILFE...	41.9	44.0	41.9	43.3	48.1	20.7	35.9	72.4	51.0	40.6	45.1	36.1	34.2
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	37.9	36.6	43.6	32.0	50.1	16.7	31.4	37.0	39.6	37.8	38.7	35.3	38.7
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	34.8	37.1	36.9	34.4	52.0	20.5	22.5	47.3	37.6	37.1	39.8	30.8	25.7

HALBGRUPPE A..... 712

ES WIRD JA IMMER WIEDER VERLANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/A)

HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN:

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVerschULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER-ESSIERT	NICHT INTER-ESSIERT	CDU/CSU	SPD	FDP	B. 90/GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/KAUM	AB-SCHAF-FEN	KÜRZEN	BEIBEHALTEN
Basis	410	302	272	186	33	64	76	54	136	533	483	99	69
FÖRDERUNG VON ERNEUERBAREN ENERGIEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	30.0	23.0	30.2	21.9	30.6	8.5	18.6	52.9	38.8	23.9	28.8	24.9	22.5
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN WIE SCHWIMMBÄDER, BÜCHEREIEN USW.	17.4	20.0	16.7	19.5	27.1	24.3	18.7	15.0	19.6	19.0	18.5	27.7	7.6
AUSBAU VON VERKEHRSWEGEN WIE STRASSEN, BAHNSTRECKEN USW. ..	16.5	18.2	12.2	18.1	31.1	21.8	19.0	23.3	19.8	17.2	17.2	20.2	13.0
UMWELTSCHUTZ.....	14.9	14.3	14.6	8.5	22.5	9.0	10.2	34.2	23.9	12.3	16.2	12.0	10.7
AUSSTATTUNG DER UNIVERSITÄTEN.....	10.6	19.0	12.3	13.4	13.5	10.4	22.7	19.9	14.2	15.2	14.3	14.8	15.5
FORSCHUNGSFÖRDERUNG IN DEN BEREICHEN MEDIZIN, TECHNIK USW.	7.1	13.4	6.7	9.4	12.9	12.4	12.8	19.4	5.0	10.9	11.7	7.3	5.2
AUSSTATTUNG DER POLIZEI.....	7.2	11.0	3.7	10.7	3.8	10.5	20.5	13.5	9.2	8.3	8.0	13.4	10.5
UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN MIT KINDERN	10.5	5.3	6.1	4.9	13.0	10.9	13.7	13.9	12.0	7.5	8.2	6.0	14.2
AUSBAU VON KINDERBETREUUNGS-EINRICHTUNGEN.....	7.3	8.8	4.3	6.7	16.4	12.7	7.0	17.2	8.8	7.7	8.6	6.6	3.2
RENTEN.....	6.7	6.8	7.3	4.5	8.7	17.5	5.5	5.7	4.8	7.3	7.4	8.3	2.0
AUSSTATTUNG VON SCHULEN.....	4.9	4.1	2.9	2.2	4.0	6.0	12.9	10.0	4.4	4.5	4.1	10.3	3.5

HALBGRUPPE A..... 712

ES WIRD JA IMMER WIEDER VERLANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/A)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF KEINEN FALL SPAREN:

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN		
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	712	534	178	351	361	117	137	201	257	167	221	267
STAATLICHE VERWALTUNG.....	11.6	11.9	10.1	12.9	10.3	10.4	14.1	10.6	11.5	13.4	10.7	11.4
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	14.8	15.2	13.0	17.4	12.3	18.8	11.7	18.3	11.7	14.0	11.6	16.1
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION...	18.2	19.6	12.0	17.6	18.8	21.5	19.0	15.8	18.1	13.9	18.3	21.9
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	20.9	12.3	58.5	18.9	22.7	18.8	23.4	20.5	20.7	26.2	18.3	21.0
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	25.6	25.5	26.2	23.1	28.0	28.8	19.7	23.1	29.7	28.9	28.0	23.5
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	33.4	36.1	21.4	33.5	33.3	34.8	35.5	27.3	36.5	31.5	31.8	35.5
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	47.4	49.6	37.3	47.5	47.2	48.3	49.5	45.4	47.2	41.9	45.0	51.7
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	47.0	49.8	34.3	48.7	45.3	42.0	51.3	49.3	45.1	34.3	50.2	49.8
ENTWICKLUNGSHILFE...	45.6	48.0	35.0	44.0	47.1	48.3	47.4	46.3	42.5	39.5	48.6	45.0
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	49.4	52.1	37.6	49.2	49.5	54.7	38.0	51.4	51.8	51.1	49.5	46.9
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	52.0	48.7	66.3	46.4	57.2	57.9	53.2	48.9	50.7	49.6	51.5	54.9

HALBGRUPPE A..... 712

ES WIRD JA IMMER WIEDER VERLANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/A)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF KEINEN FALL SPAREN:

	BEV. AB 16 JAHRE		GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN			
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	712	534	178	351	361	117	137	201	257	167	221	267
FÖRDERUNG VON ERNEUERBAREN ENER- GIEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	62.5	64.5	53.6	59.7	65.1	72.1	56.4	63.5	60.2	61.0	64.0	60.6
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN WIE SCHWIMMBÄDER, BÜCHEREIEN USW.	73.5	72.5	78.2	73.6	73.5	70.1	77.7	73.4	73.0	71.0	73.2	75.3
AUSBAU VON VERKEHRS- WEGEN WIE STRASSEN, BAHNSTRECKEN USW. ..	75.7	74.6	80.3	77.9	73.5	73.9	72.1	76.7	77.9	71.7	77.9	75.9
UMWELTSCHUTZ.....	81.6	81.4	82.6	81.2	81.9	86.3	79.5	84.4	78.1	76.5	83.9	83.3
AUSSTATTUNG DER UNIVERSITÄTEN.....	75.9	75.2	78.6	74.0	77.7	69.4	81.5	72.7	78.5	68.8	76.6	78.9
FORSCHUNGSFÖRDERUNG IN DEN BEREICHEN MEDIZIN, TECHNIK USW.	84.0	82.8	89.2	82.0	85.8	84.1	85.2	82.7	84.2	86.8	84.5	82.2
AUSSTATTUNG DER POLIZEI.....	88.0	88.0	87.8	89.1	86.9	83.4	85.7	89.7	90.2	80.9	88.7	90.8
UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN MIT KINDERN	87.0	87.2	86.3	86.2	87.8	86.1	92.5	88.0	83.4	81.3	92.7	86.5
AUSBAU VON KINDER- BETREUUNGS- EINRICHTUNGEN.....	86.9	85.8	92.0	86.6	87.3	86.4	85.0	88.6	87.0	83.9	88.2	88.4
RENTEN.....	87.7	87.7	87.5	85.8	89.5	75.6	85.9	90.7	92.7	89.1	89.7	83.7
AUSSTATTUNG VON SCHULEN.....	93.5	94.1	91.2	91.3	95.6	89.1	95.0	93.6	94.9	86.1	95.9	94.8

HALBGRUPPE A..... 712

ES WIRD JA IMMER WIEDER VERLANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/A)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF KEINEN FALL SPAREN:

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVerschULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/ KAUM	AB- SCHAF- FEN	KÜRZEN	BEIBE- HALTEN
Basis	410	302	272	186	33	64	76	54	136	533	483	99	69
STAATLICHE VERWALTUNG.....	11.4	11.8	12.6	10.8	-	5.8	15.5	17.6	14.5	11.0	11.1	16.4	6.1
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	19.3	9.4	12.7	12.2	6.9	18.0	36.4	1.4	9.6	16.3	14.0	20.1	15.6
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION...	20.5	15.5	16.9	20.4	13.6	15.0	19.9	26.8	17.9	18.8	17.6	28.3	11.9
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	20.1	21.8	17.9	16.5	7.0	9.5	40.5	38.1	15.3	21.7	14.1	28.6	49.6
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	26.2	25.0	24.8	24.5	14.3	23.8	40.4	22.0	25.7	26.1	23.8	29.0	31.9
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	39.6	26.0	30.1	35.8	12.4	64.4	48.7	12.4	24.2	36.1	31.1	39.8	41.8
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	50.9	43.1	46.2	53.9	32.6	68.6	60.0	7.8	40.2	50.8	44.3	55.3	50.8
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	51.1	42.0	51.6	51.1	45.3	22.5	26.7	62.2	54.4	45.7	52.0	43.3	32.1
ENTWICKLUNGSHILFE...	51.4	38.7	44.8	45.8	48.4	63.9	50.6	23.4	43.2	47.8	44.6	55.6	45.5
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	52.6	45.5	44.5	51.5	43.8	57.6	57.2	56.9	50.7	49.1	50.1	51.6	43.3
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	56.4	46.7	50.1	51.2	43.9	68.8	64.3	44.7	51.7	51.2	49.1	56.4	58.1

HALBGRUPPE A..... 712

ES WIRD JA IMMER WIEDER VERLANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/A)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF KEINEN FALL SPAREN:

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVerschULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/ KAUM	AB- SCHAF- FEN	KÜRZEN	BEIBE- HALTEN
Basis	410	302	272	186	33	64	76	54	136	533	483	99	69
FÖRDERUNG VON ERNEUERBAREN ENERGIEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	63.6	61.1	59.5	67.6	60.0	83.2	73.6	28.1	56.9	65.0	61.6	69.1	62.8
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN WIE SCHWIMMBÄDER, BÜCHEREIEN USW.	76.1	70.5	76.3	71.5	66.4	67.3	76.3	70.4	74.0	74.0	74.4	61.5	85.2
AUSBAU VON VERKEHRSWEGEN WIE STRASSEN, BAHNSTRECKEN USW. ..	79.0	71.8	79.6	74.8	68.9	69.1	73.9	74.1	72.0	76.8	77.0	71.0	77.9
UMWELTSCHUTZ.....	82.0	81.1	79.7	89.4	77.5	88.2	89.5	59.6	74.2	83.9	79.9	86.2	86.8
AUSSTATTUNG DER UNIVERSITÄTEN.....	84.4	65.7	78.2	76.0	76.4	78.6	72.3	68.6	78.5	75.4	76.7	75.0	75.8
FORSCHUNGSFÖRDERUNG IN DEN BEREICHEN MEDIZIN, TECHNIK USW.	89.0	77.9	87.4	83.0	85.2	76.0	85.1	76.6	92.9	83.6	83.0	87.9	86.1
AUSSTATTUNG DER POLIZEI.....	90.8	84.5	94.8	85.4	96.2	82.8	74.4	82.6	89.8	88.8	88.8	84.7	82.4
UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN MIT KINDERN	85.5	88.8	89.6	91.7	85.6	74.8	82.5	77.0	85.8	88.2	87.5	93.3	72.2
AUSBAU VON KINDERBETREUUNGS-EINRICHTUNGEN.....	88.7	84.9	90.8	90.0	83.6	78.6	90.2	74.5	86.9	87.8	87.1	91.8	86.2
RENTEN.....	88.3	87.0	87.7	90.2	91.3	70.0	92.8	85.9	91.2	87.4	87.7	86.5	89.6
AUSSTATTUNG VON SCHULEN.....	94.5	92.3	95.0	95.6	96.0	92.0	86.0	87.9	95.6	93.6	94.8	88.1	92.3

HALBGRUPPE B..... 691

ES GIBT JA UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DARÜBER, FÜR WELCHE BEREICHE DER STAAT MEHR GELD AUSGEBEN SOLLTE UND FÜR WELCHE BEREICHE NICHT. WENN SIE EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN ODER HIER IST DAS NICHT NOTWENDIG. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/B)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN:

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN		
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	691	513	178	333	358	111	136	198	246	156	224	258
AUSSTATTUNG VON SCHULEN.....	92.7	91.9	96.1	93.3	92.1	93.1	95.0	91.2	92.2	89.8	93.1	94.4
GESUNDHEITSWESEN, GESUNDHEITSSYSTEM...	88.7	87.2	95.3	87.0	90.2	85.7	91.5	88.6	88.6	82.0	91.8	88.5
AUSSTATTUNG DER POLIZEI.....	83.5	83.1	85.0	85.4	81.7	71.2	82.2	84.8	89.6	78.9	86.8	81.5
AUSBAU VON KINDER- BETREUUNGS- EINRICHTUNGEN.....	83.3	81.8	89.9	83.3	83.3	82.1	86.6	82.0	83.1	80.6	81.2	85.8
UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN MIT KINDERN	81.9	81.0	86.0	82.8	81.1	81.7	87.6	76.0	83.5	73.7	83.6	84.2
RENTEN.....	79.3	78.7	82.0	77.1	81.3	65.4	76.2	80.8	87.1	76.6	85.4	73.2
FORSCHUNGSFÖRDERUNG IN DEN BEREICHEN MEDIZIN, TECHNIK USW.	78.2	76.5	85.6	81.9	74.7	77.4	71.9	81.1	80.0	71.7	77.1	78.8
UMWELTSCHUTZ.....	74.8	74.9	74.4	70.4	78.9	73.4	69.1	76.5	77.5	68.8	72.9	77.4
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN WIE SCHWIMMBÄDER, BÜCHEREIEN USW.	71.4	69.1	81.3	69.9	72.8	68.7	73.7	74.6	68.6	64.6	73.4	72.1
AUSBAU VON VERKEHRS- WEGEN WIE STRASSEN, BAHNSTRECKEN USW. ..	70.8	68.8	80.0	79.0	63.1	67.6	67.7	70.6	74.6	63.6	72.5	72.9
FÖRDERUNG VON ERNEUERBAREN ENER- GIEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	68.8	71.6	56.6	71.1	66.7	69.6	68.7	66.0	70.9	61.7	66.4	73.5

HALBGRUPPE B..... 691

ES GIBT JA UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DARÜBER, FÜR WELCHE BEREICHE DER STAAT MEHR GELD AUSGEBEN SOLLTE UND FÜR WELCHE BEREICHE NICHT. WENN SIE EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN ODER HIER IST DAS NICHT NOTWENDIG. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/B)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN:

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN		
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	691	513	178	333	358	111	136	198	246	156	224	258
AUSSTATTUNG DER UNIVERSITÄTEN.....	68.8	67.3	75.5	71.2	66.6	62.0	63.6	73.7	71.6	56.2	66.8	78.8
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	49.2	52.4	35.1	48.8	49.5	51.0	46.0	51.1	48.6	49.7	44.9	51.1
ENTWICKLUNGSHILFE...	43.6	43.7	43.5	43.8	43.5	40.9	44.3	47.6	41.4	37.1	37.0	51.2
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	43.6	44.7	38.9	45.6	41.7	34.6	36.5	47.1	49.7	36.0	50.7	42.4
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	41.6	40.2	48.1	43.7	39.7	37.3	43.4	45.5	39.7	49.1	47.4	34.0
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	41.5	36.6	63.2	35.5	47.1	29.2	43.6	41.2	46.9	36.6	42.8	41.9
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	30.1	32.0	21.5	27.7	32.3	30.6	29.1	31.6	29.1	27.8	28.2	33.8
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	22.9	21.5	29.2	23.3	22.5	26.6	18.9	26.2	20.7	20.1	22.9	23.9
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	21.9	13.7	58.0	23.8	20.2	24.9	24.7	19.9	20.3	19.4	25.6	19.3
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	11.0	10.3	13.9	10.3	11.6	10.0	11.9	8.8	12.7	11.3	9.4	11.9
STAATLICHE VERWALTUNG.....	9.9	9.5	11.3	9.4	10.3	13.4	10.3	6.1	10.8	8.9	8.5	9.1

HALBGRUPPE B..... 691

ES GIBT JA UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DARÜBER, FÜR WELCHE BEREICHE DER STAAT MEHR GELD AUSGEBEN SOLLTE UND FÜR WELCHE BEREICHE NICHT. WENN SIE EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN ODER HIER IST DAS NICHT NOTWENDIG. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/B)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN:

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVerschULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/ KAUM	AB- SCHAF- FEN	KÜRZEN	BEIBE- HALTEN
Basis	402	289	275	178	41	81	57	39	135	528	469	88	72
AUSSTATTUNG VON SCHULEN.....	94.1	91.0	91.9	88.7	100.0	94.8	98.4	95.3	95.2	91.9	92.4	94.5	98.9
GESUNDHEITSWESEN, GESUNDHEITSSYSTEM...	87.6	89.9	87.8	90.5	91.4	88.9	97.1	74.9	86.2	89.6	87.6	89.1	93.8
AUSSTATTUNG DER POLIZEI.....	87.6	78.7	88.7	78.1	83.0	81.6	77.1	83.2	85.2	83.5	84.4	87.3	84.1
AUSBAU VON KINDER- BETREUUNGS- EINRICHTUNGEN.....	85.0	81.3	83.2	80.4	93.8	86.2	83.4	76.6	89.1	82.8	82.6	86.9	86.5
UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN MIT KINDERN	80.2	84.0	78.4	87.3	82.0	89.2	71.1	83.9	84.6	81.1	81.7	78.5	85.1
RENTEN.....	80.9	77.3	82.0	76.2	85.3	70.0	83.4	74.4	82.3	78.5	78.4	81.3	90.3
FORSCHUNGSFÖRDERUNG IN DEN BEREICHEN MEDIZIN, TECHNIK USW.	82.4	73.2	78.5	71.1	91.0	79.9	85.7	77.5	84.6	77.6	78.1	70.8	84.3
UMWELTSCHUTZ.....	80.8	67.7	77.6	73.3	71.3	79.6	80.9	45.6	83.7	73.1	71.4	76.4	86.7
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN WIE SCHWIMMBÄDER, BÜCHEREIEN USW.	69.1	74.0	67.2	72.3	76.1	72.4	85.0	69.4	68.3	72.0	71.5	71.3	65.7
AUSBAU VON VERKEHRS- WEGEN WIE STRASSEN, BAHNSTRECKEN USW. ..	73.1	68.2	72.2	70.4	82.7	62.2	68.0	77.5	71.4	70.6	69.9	79.1	72.5
FÖRDERUNG VON ERNEUERBAREN ENER- GIEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	72.1	65.0	73.0	66.9	68.2	77.8	67.6	32.0	78.0	66.0	66.4	72.6	80.0

HALBGRUPPE B..... 691

ES GIBT JA UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DARÜBER, FÜR WELCHE BEREICHE DER STAAT MEHR GELD AUSGEBEN SOLLTE UND FÜR WELCHE BEREICHE NICHT. WENN SIE EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN ODER HIER IST DAS NICHT NOTWENDIG. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/B)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN:

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVERSCHULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER-ESSIERT	NICHT INTER-ESSIERT	CDU/CSU	SPD	FDP	B.90/GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/KAUM	AB-SCHAF-FEN	KÜRZEN	BEIBEHALTEN
Basis	402	289	275	178	41	81	57	39	135	528	469	88	72
AUSSTATTUNG DER UNIVERSITÄTEN.....	76.5	59.9	68.1	67.2	82.7	71.8	70.8	61.5	82.0	66.5	66.9	73.9	85.0
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	57.0	40.0	53.1	44.5	43.5	63.1	54.3	22.2	46.7	51.2	47.3	49.1	55.5
ENTWICKLUNGSHILFE...	52.4	33.4	42.3	43.9	51.4	50.1	46.9	21.5	50.5	42.4	40.7	45.7	55.2
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	45.8	41.0	52.5	35.8	50.1	28.6	30.8	54.4	46.2	43.4	45.8	37.5	45.6
ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG, HARTZ IV..	39.7	43.9	34.6	37.9	32.4	57.3	75.6	42.1	48.5	39.6	41.2	41.2	44.3
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	46.1	36.1	39.0	40.4	49.7	48.9	59.8	14.3	45.2	40.9	35.8	55.6	58.7
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	36.6	22.5	31.9	29.6	21.6	38.3	38.6	1.7	33.3	29.3	26.4	28.3	53.9
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG VON WIRTSCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	23.5	22.2	24.7	21.4	22.5	28.0	25.6	10.7	28.2	22.7	21.2	21.9	37.1
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	23.2	20.4	26.4	16.0	20.2	12.6	28.0	24.7	21.0	23.1	14.2	29.2	63.7
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	14.3	7.0	12.2	11.2	6.7	11.1	13.2	6.4	12.3	11.1	8.6	7.2	29.6
STAATLICHE VERWALTUNG.....	9.9	9.8	13.2	8.0	3.8	4.5	15.5	2.6	10.0	10.0	8.1	10.6	18.5

HALBGRUPPE B..... 691

ES GIBT JA UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DARÜBER, FÜR WELCHE BEREICHE DER STAAT MEHR GELD AUSGEBEN SOLLTE UND FÜR WELCHE BEREICHE NICHT. WENN SIE EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN ODER HIER IST DAS NICHT NOTWENDIG. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/B)

ES IST NICHT NOTWENDIG, HIER MEHR GELD AUSZUGEBEN:

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN		
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	691	513	178	333	358	111	136	198	246	156	224	258
AUSSTATTUNG VON SCHULEN.....	4.8	5.1	3.1	4.8	4.7	5.6	3.5	6.0	4.1	5.6	5.1	4.4
GESUNDHEITSWESEN, GESUNDHEITSSYSTEM...	8.2	9.4	3.2	8.6	7.9	9.8	4.6	8.9	9.0	14.2	5.2	8.7
AUSSTATTUNG DER POLIZEI.....	12.2	12.4	11.3	12.2	12.2	22.6	12.8	11.2	7.1	16.7	10.4	12.1
AUSBAU VON KINDER- BETREUUNGS- EINRICHTUNGEN.....	10.0	10.9	6.2	9.5	10.4	8.6	9.1	12.4	9.3	11.1	9.7	10.2
UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN MIT KINDERN	10.4	10.5	9.9	10.2	10.6	5.0	8.4	15.1	10.5	16.3	8.6	9.3
RENTEN.....	11.7	12.7	7.4	10.7	12.7	16.2	12.3	12.5	8.3	11.2	7.9	17.0
FORSCHUNGSFÖRDERUNG IN DEN BEREICHEN MEDIZIN, TECHNIK USW.	13.8	14.9	9.1	11.7	15.8	15.5	14.7	13.2	12.8	20.3	13.5	12.6
UMWELTSCHUTZ.....	17.6	17.4	18.1	22.4	13.0	19.8	21.8	15.9	15.2	21.1	20.2	16.1
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN WIE SCHWIMMBÄDER, BÜCHEREIEN USW.	21.6	23.1	15.3	21.9	21.3	23.0	19.9	19.6	23.6	27.0	19.3	21.1
AUSBAU VON VERKEHRS- WEGEN WIE STRASSEN, BAHNSTRECKEN USW. ..	21.7	23.5	14.1	14.4	28.7	23.3	27.2	21.9	17.5	25.3	20.4	21.3
FÖRDERUNG VON ERNEUERBAREN ENER- GIEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	20.5	18.1	31.5	18.2	22.8	20.0	18.8	21.6	21.0	26.3	22.8	18.2

HALBGRUPPE B..... 691

ES GIBT JA UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DARÜBER, FÜR WELCHE BEREICHE DER STAAT MEHR GELD AUSGEBEN SOLLTE UND FÜR WELCHE BEREICHE NICHT. WENN SIE EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN ODER HIER IST DAS NICHT NOTWENDIG. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/B)

ES IST NICHT NOTWENDIG, HIER MEHR GELD AUSZUGEBEN:

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				HH-NETTO-EINKOMMEN		
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	UNTER 1.750	1.750- UNTER 3.000	3.000 UND MEHR
Basis	691	513	178	333	358	111	136	198	246	156	224	258
AUSSTATTUNG DER UNIVERSITÄTEN.....	20.7	22.0	15.0	19.9	21.5	26.5	24.2	17.4	18.4	29.4	20.4	15.2
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	39.7	36.6	53.3	40.0	39.4	37.3	39.4	38.6	42.0	41.2	40.6	38.0
ENTWICKLUNGSHILFE...	40.5	40.3	41.1	41.3	39.7	37.2	38.9	38.9	44.5	49.2	43.6	32.6
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	44.6	42.8	52.6	43.7	45.5	50.3	51.1	43.4	38.6	51.0	39.1	45.8
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	44.8	45.7	40.9	43.1	46.3	48.5	40.3	43.7	46.5	33.7	39.3	55.0
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	46.3	51.0	25.2	51.3	41.5	54.2	45.6	46.8	42.1	52.3	45.4	44.3
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	51.9	49.9	61.0	55.1	48.9	47.0	52.2	53.0	53.5	51.9	52.5	51.8
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	59.8	60.2	58.0	62.8	57.0	51.4	65.4	58.2	62.2	59.8	61.9	61.3
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	64.6	73.3	26.2	64.0	65.1	62.0	59.6	68.1	66.1	70.1	59.2	67.7
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	75.1	75.0	75.2	75.6	74.6	75.0	75.7	80.5	70.3	72.9	78.3	75.2
STAATLICHE VERWALTUNG.....	76.2	76.0	77.3	76.5	76.1	72.5	76.3	82.5	73.1	79.8	78.2	76.9

HALBGRUPPE B..... 691

ES GIBT JA UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DARÜBER, FÜR WELCHE BEREICHE DER STAAT MEHR GELD AUSGEBEN SOLLTE UND FÜR WELCHE BEREICHE NICHT. WENN SIE EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN ODER HIER IST DAS NICHT NOTWENDIG. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/B)

ES IST NICHT NOTWENDIG, HIER MEHR GELD AUSZUGEBEN:

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVerschULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/ KAUM	AB- SCHAF- FEN	KÜRZEN	BEIBE- HALTEN
Basis	402	289	275	178	41	81	57	39	135	528	469	88	72
AUSSTATTUNG VON SCHULEN.....	3.2	6.5	6.2	5.4	-	3.2	1.6	4.7	2.9	5.3	4.9	3.3	1.1
GESUNDHEITSWESEN, GESUNDHEITSSYSTEM...	9.7	6.5	9.8	3.7	5.2	9.7	2.3	21.8	10.6	7.4	8.9	9.4	4.4
AUSSTATTUNG DER POLIZEI.....	10.0	14.7	7.9	17.0	10.3	13.7	19.9	10.9	13.9	10.9	11.7	6.8	12.7
AUSBAU VON KINDER- BETREUUNGS- EINRICHTUNGEN.....	10.5	9.4	11.7	8.9	3.5	9.3	5.9	19.0	7.3	10.6	11.1	3.1	7.6
UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN MIT KINDERN	12.7	7.7	12.5	5.9	14.1	4.6	16.6	12.0	11.1	10.6	9.8	15.7	14.0
RENTEN.....	10.5	13.1	10.7	13.6	9.4	18.1	3.4	16.5	12.2	11.3	13.1	7.3	5.3
FORSCHUNGSFÖRDERUNG IN DEN BEREICHEN MEDIZIN, TECHNIK USW.	11.8	16.1	14.5	16.8	3.6	10.9	10.4	14.8	14.6	13.3	13.8	20.9	8.6
UMWELTSCHUTZ.....	12.4	23.6	17.8	14.1	18.1	12.3	14.2	48.2	11.5	19.5	19.6	18.0	11.1
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN WIE SCHWIMMBÄDER, BÜCHEREIEN USW.	24.4	18.4	27.9	15.8	22.4	17.8	12.5	20.3	26.8	20.5	20.6	19.5	32.9
AUSBAU VON VERKEHRS- WEGEN WIE STRASSEN, BAHNSTRECKEN USW. ..	20.4	23.4	22.0	20.4	5.5	28.6	24.6	18.0	24.0	21.8	22.3	13.2	23.2
FÖRDERUNG VON ERNEUERBAREN ENER- GIEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	19.6	21.7	20.9	15.7	23.7	9.8	20.5	57.7	17.9	21.8	22.3	14.5	15.0

HALBGRUPPE B..... 691

ES GIBT JA UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DARÜBER, FÜR WELCHE BEREICHE DER STAAT MEHR GELD AUSGEBEN SOLLTE UND FÜR WELCHE BEREICHE NICHT. WENN SIE EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN ODER HIER IST DAS NICHT NOTWENDIG. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 17/B)

ES IST NICHT NOTWENDIG, HIER MEHR GELD AUSZUGEBEN:

	POLITISCH -		ANHÄNGER DER -						BEUNRUHIGT DURCH STAATSVERSCHULDUNG		SOLIDARITÄTSZUSCHLAG		
	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) STARK	WENIG/ KAUM	AB- SCHAF- FEN	KÜRZEN	BEIBE- HALTEN
Basis	402	289	275	178	41	81	57	39	135	528	469	88	72
AUSSTATTUNG DER UNIVERSITÄTEN.....	16.4	25.8	22.6	17.0	13.9	18.1	17.1	36.7	15.4	21.3	22.7	10.0	10.9
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	34.5	45.7	39.0	38.2	46.3	25.5	40.1	66.7	48.7	37.5	41.7	36.7	36.9
ENTWICKLUNGSHILFE...	36.2	45.5	43.6	34.3	35.7	31.4	46.5	60.2	44.1	40.2	43.4	36.7	34.3
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	45.3	43.7	36.3	50.0	33.4	52.4	67.4	42.3	48.1	44.0	43.4	44.6	46.1
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	48.8	40.1	52.9	37.9	52.5	37.4	20.6	57.9	45.6	46.4	45.2	38.2	46.6
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	43.1	49.9	50.0	46.5	36.8	36.4	27.2	73.2	47.5	45.9	51.6	29.7	34.1
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	47.9	56.6	50.2	48.6	64.2	40.0	55.4	80.3	54.6	51.2	56.6	47.4	32.6
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	64.3	54.6	56.5	60.9	66.8	49.8	69.4	70.0	65.1	58.9	64.0	51.2	50.8
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	67.2	61.5	62.3	67.1	66.2	69.0	64.5	63.3	73.6	62.5	72.9	47.9	30.4
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	71.8	78.9	73.9	70.5	82.9	69.5	84.4	83.3	80.3	74.1	78.0	71.7	61.9
STAATLICHE VERWALTUNG.....	79.1	72.9	72.4	73.1	87.2	82.0	79.4	89.5	82.3	76.1	78.9	70.5	68.1

Einstellung zu Steuersystem und Steuerlasten

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: West 1047 Personen
Ost 356 Personen
Insg. 1403 Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Die Auswahl erfolgte disproportional für die alten und die neuen Bundesländer, der Osten wurde mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 444 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 28. Juni bis 12. Juli 2017 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.073

STATISTIK

der in der Umfrage 11.073 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	<u>Umfrage</u> <u>Juli 2017</u>	<u>Amtliche</u> <u>Statistik (*)</u>
	%	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>		
Westl. Länder einschl. West-Berlin	82	82
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16
Nordrhein-Westfalen	22	22
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13
Baden-Württemberg	13	13
Bayern	15	16
Berlin	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	8
Sachsen und Thüringen	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>		
unter 5.000 Einwohner	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>		
Männer	49	49
Frauen	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>		
16 - 29 Jahre	18	18
30 - 44 Jahre	20	20
45 - 59 Jahre	28	28
60 Jahre und älter	34	34
	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2015

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.073 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	<u>Umfrage</u> Juli 2017	<u>Amtliche</u> Statistik (*)
	%	%
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>		
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	61
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100
 <u>BERUFSKREISE (**)</u>		
Arbeiter	14	14
Angestellte	38	38
Beamte	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100
 <u>FAMILIENSTAND</u>		
Verheiratet	52	52
- Männer	26	26
- Frauen	26	26
Ledig	31	31
Verwitwet, geschieden	<u>17</u>	<u>17</u>
	100	100
 <u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>		
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit		
- 1 Person	24	24
- 2 Personen	40	40
- 3 Personen	17	17
- 4 Personen	14	14
- 5 und mehr Personen	<u>5</u>	<u>5</u>
	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2015

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11073
Juli 2017

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Zwischenfragen zu neutralen Themen:

1.	"Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit	MIT HOFFNUNGEN.....	1
T	<u>Hoffnungen</u> oder <u>Befürchtungen</u> entgegen?"	MIT BEFÜRCHTUNGEN	2
	(Bei Rückfragen: 'Allgemein oder persönlich' folgt der Hinweis: "Je nachdem, was Sie zurzeit mehr beschäftigt!")	MIT SKEPSIS	3
		UNENTSCHEIDEN	4
2.	"Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung:	EHER BERGAUF	1
T	Glauben Sie, dass es mit unserer Wirtschaft in den	EHER BERGAB.....	2
	nächsten 6 Monaten eher bergauf oder eher bergab	WEDER NOCH, GLEICH BLEIBEN	3
	geht?"	UNENTSCHEIDEN	4

In der repräsentativen Halbgruppe A:

3. INTERVIEWER überreicht **graue** Liste 1 !

t "Was meinen Sie:
Was sind große Risiken für die weitere Entwicklung von Deutschland, wo sehen Sie da vor allem Gefahren?" (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 /

NICHTS DAVON..... 0
KEINE ANGABE Y

In der repräsentativen Halbgruppe B:

3. INTERVIEWER überreicht **graue** Liste 1 !

T "Es gibt ja verschiedene Meinungen darüber, was wichtig ist, um Deutschland voranzubringen, um Deutschland eine gute Zukunft zu sichern. Hier ist einiges aufgeschrieben, was für die Zukunft Deutschlands wichtig sein kann. Was davon würden auch Sie sagen?"
(Alles Genannte einkreisen! - Mehrere Angaben möglich!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 /

NICHTS DAVON..... 0

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

4.	"Nun zur finanziellen Lage Deutschlands:	"sehr gut"	1
T	Wie bewerten Sie die finanzielle Lage des Staates,	"gut".....	2
	also die Einnahmen und die Schulden: Ist die finanzielle Lage Ihrer Meinung nach zurzeit..."	"nicht so gut"	3
		"gar nicht gut"	4
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	5

5. a) T	"Was schätzen Sie: Wie ist die finanzielle Lage der meisten Städte und Gemeinden in Deutschland? Geht es den meisten Städten und Gemeinden in Deutschland finanziell ..."	"sehr gut"	1
		"gut"	2
		"nicht so gut"	3
		"gar nicht gut"	4
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5	
b)	"Wenn Sie einmal an Ihre eigene Stadt/Gemeinde denken, wie ist deren finanzielle Lage, also die Einnahmen und die Schulden? Ist die finanzielle Lage Ihrer Stadt/Gemeinde ..."	"sehr gut"	1
		"gut"	2
		"nicht so gut"	3
		"gar nicht gut"	4
		WEISS NICHT	5

In der repräsentativen Halbgruppe A:

6. INTERVIEWER überreicht weißes Kartenspiel und **grünes** Bildblatt 2 !

T "Es wird ja immer wieder verlangt, dass der Staat sparen soll. Aber darüber, in welchen Bereichen gespart werden sollte, gibt es unterschiedliche Meinungen. Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Dinge, für die der Staat Geld ausgibt. Wenn Sie jetzt einmal diese Karten hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat sparen, oder hier sollte er auf keinen Fall sparen. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte einfach beiseite."
(Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

SPAREN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 / 23 /

AUF KEINEN FALL SPAREN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 / 23 /

In der repräsentativen Halbgruppe B:

6. INTERVIEWER überreicht weißes Kartenspiel und **grünes** Bildblatt 2 !

T "Es gibt ja unterschiedliche Meinungen darüber, für welche Bereiche der Staat mehr Geld ausgeben sollte und für welche Bereiche nicht. Wenn Sie einmal diese Karten hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat auf jeden Fall mehr Geld ausgeben oder hier ist das nicht notwendig. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte einfach beiseite."
(Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 / 23 /

IST NICHT NOTWENDIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 / 23 /

7. a) T	"Wie sehr beunruhigt Sie die Staatsverschuldung Deutschlands? Würden Sie sagen..."	„sehr stark“	1
		„stark“	2
		„weniger stark“	3
		„kaum, gar nicht“	4
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5	

In der repräsentativen Halbgruppe A:

8. T	"Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie wissen oder vermuten: Nimmt Deutschland derzeit jedes Jahr neue Schulden auf, oder baut Deutschland seine Schulden eher ab?"	NIMMT AUF.....	1
		BAUT AB	2
		WEDER NOCH	3
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	4

In der repräsentativen Halbgruppe B:

8.	"Deutschland nimmt seit einiger Zeit keine neuen Schulden mehr auf. Für wie wichtig halten Sie es, dass Deutschland auch in Zukunft keine neuen Schulden aufnimmt? Halten Sie das für ..."	"sehr wichtig".....	1
		"wichtig"	2
		"weniger wichtig"	3
		"gar nicht wichtig"	4
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	5
9.	"Was glauben Sie: Wird Deutschland mittelfristig seine Staatsschulden abbauen, oder wird es zwar keine neuen Schulden aufnehmen, aber auch keine Schulden abbauen, oder wird Deutschland mittelfristig neue Schulden aufnehmen?"	SCHULDEN ABBAUEN.....	1
		KEINE SCHULDEN AUFNEHMEN/ ABBAUEN	2
		NEUE SCHULDEN AUFNEHMEN	3
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	5

In der repräsentativen Halbgruppe A:

10. T	"Um die hohe Staatsverschuldung zu bekämpfen, wurde eine sogenannte Schuldenbremse ins Grundgesetz aufgenommen. Diese sieht unter anderem vor, dass der Bund seit dem Jahr 2016 kaum neue Schulden und die einzelnen Bundesländer ab dem Jahr 2020 gar keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen. Finden Sie es grundsätzlich gut, dass eine Schuldenbremse für Bund und Länder festgelegt wurde, oder finden Sie das nicht gut?"	FINDE DAS GUT	1
		FINDE DAS NICHT GUT	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

10. t	"Die Schuldenbremse im Grundgesetz schreibt vor, dass der Bund seit dem Jahr 2016 kaum mehr neue Schulden aufnehmen darf. Halten Sie es für realistisch, dass der Bund diese Vorgabe langfristig einhält, oder halten Sie das nicht für realistisch?"	REALISTISCH.....	1
		NICHT REALISTISCH.....	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3
11. t	"Wenn Deutschland nun langfristig keine neuen Schulden mehr aufnehmen würde: Glauben Sie, dass dann der Lebensstandard in Deutschland sinken würde, oder würde er steigen, oder würde sich der Lebensstandard kaum ändern?"	WÜRDE SINKEN	1
		WÜRDE STEIGEN	2
		WÜRDE SICH KAUM ÄNDERN.....	3
		UNMÖGLICH ZU SAGEN, KEINE ANGABE	4

An späterer Stelle im Interview:**In der repräsentativen Halbgruppe A:**

12. t	"Zum Thema Steuern: Der Staat hat letztes Jahr mehr Steuern eingenommen als erwartet. Wofür sollte man Ihrer Meinung nach diese Mehreinnahmen verwenden: Sollten damit vor allem Steuern gesenkt, Staatsschulden abgebaut oder mehr Geld z.B. in Bildung oder die Infrastruktur investiert werden?"	STEUERN SENKEN	1
		STAATSSCHULDEN ABBAUEN	2
		MEHR GELD INVESTIEREN	3
		ANDERES, und zwar:.....	8
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	4

In der repräsentativen Halbgruppe B:

12. INTERVIEWER überreicht **graue** Liste 3 !

t

"Zum Thema Steuern:
Der Staat hat letztes Jahr mehr Steuern eingenommen als erwartet. Wofür sollte man Ihrer Meinung nach diese Mehreinnahmen vor allem verwenden?
Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste hier." (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 /

NICHTS DAVON 0
KEINE ANGABE 9

In der repräsentativen Halbgruppe A:

13. "Wenn jemand sagt:

T

'Ich finde die Steuern zwar insgesamt zu hoch, aber gleichzeitig bezahle ich Steuern aus Überzeugung, weil ich weiß, dass der Staat das Geld für wichtige Aufgaben braucht.'
Würden Sie das auch sagen, oder würden Sie das nicht sagen?"

WÜRDE DAS AUCH SAGEN 1
WÜRDE DAS NICHT SAGEN 2
UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

13. "Wenn jemand sagt:

t

'Ich bezahle Steuern aus Überzeugung, weil ich weiß, dass der Staat das Geld für wichtige Aufgaben braucht.'
Würden Sie das auch sagen, oder würden Sie das nicht sagen?"

WÜRDE DAS AUCH SAGEN 1
WÜRDE DAS NICHT SAGEN 2
UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3

14. INTERVIEWER überreicht **gelbes** Bildblatt 4 !

T

"Als wie drückend empfinden Sie die Belastung durch Steuern und Abgaben - könnten Sie es nach diesem Bildblatt sagen? Es geht so: Das kleine Quadrat unten bedeutet geringe Belastung, und das große Quadrat oben bedeutet außerordentlich starke Belastung. Welche Stufe würden Sie für sich sagen?" (Genanntes einkreisen!)

/ A / B / C / D /

1	2	3	4
---	---	---	---

ZAHLE KEINE STEUERN, ABGABEN 0

15. INTERVIEWER überreicht **grüne** Liste 5 !

T

"Die Steuern und Abgaben, die man an den Staat zahlen muss, belasten einen ja nicht alle gleich stark. Bei welchen Steuern und Abgaben von dieser Liste hier würden Sie sagen: 'Die belasten mich besonders stark.?' (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 /

BEI KEINER DAVON 0
KEINE ANGABE 9

16. "Zum Solidaritätszuschlag:

T

Zurzeit wird auf alle Einkommen ein sogenannter Solidaritätszuschlag erhoben. Wie sollte es Ihrer Meinung nach mit dem Solidaritätszuschlag weitergehen: Sollte man ihn abschaffen, kürzen, oder sollte man ihn in den nächsten Jahren unverändert beibehalten?"

ABSCHAFFEN 1
KÜRZEN 2
BEIBEHALTEN 3
UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4

17. a) "Was glauben Sie: Wird der Solidaritätszuschlag für Lebensverhältnisse in Ostdeutschland verwendet, oder
T

WIRD FÜR AUFBAU OST VERWENDET 1
GLAUBE DAS NICHT 2**
UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3

** Gleich übergehen zu Frage 18!

b) "Einmal angenommen, man würde den Solidaritätszuschlag kürzen: Würde es Ostdeutschland dann Ihrer Meinung nach schlechter gehen, oder würden Sie das nicht erwarten?"

WÜRDEN SIE SCHLECHTER GEHEN 4
WÜRDEN SIE DAS NICHT ERWARTEN 5
UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 6

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

18. INFORMELL:
T Sind Sie berufstätig?

JA 1
NEIN 2**

** Gleich übergehen zu Frage 23 !

19. a) INFORMELL:
T Sind Sie selbständig oder irgendwo beschäftigt als Arbeiter, Angestellter oder Beamter?

SELBSTÄNDIG, FREIBERUFLICH 1
BESCHÄFTIGT ALS ARBEITER, ANGESTELLTER 2
BEAMTER 3**

** Gleich übergehen zu Frage 23 !

b) "Glauben Sie, dass Sie alles in allem einen sicheren Arbeitsplatz haben, oder machen Sie sich Sorgen, dass Sie ihn verlieren könnten?"

SICHEREN ARBEITSPLATZ 4
SORGEN, IHN ZU VERLIEREN 5
UNENTSCHIEDEN 6

20. INFORMELL:
T Arbeiten Sie in der Privatwirtschaft oder im Öffentlichen Dienst?

PRIVATWIRTSCHAFT 1
ÖFFENTLICHER DIENST 2**

** Gleich übergehen zu Frage 23 !

21. "Wie gut geht es Ihrem Betrieb zurzeit?
T Würden Sie sagen ..."

"sehr gut" 1
"gut" 2
"einigermaßen" 3
"sehr schwankend, mal gut, mal schlecht" 4
"eher schlecht" 5
"ganz schlecht" 6
UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 7

22. "Wie sehen Sie die Geschäftsentwicklung in Ihrer Firma, in Ihrem Betrieb? Glauben Sie, dass es mit Ihrem Betrieb in den nächsten 6 Monaten wirtschaftlich eher bergauf oder eher bergab gehen wird, oder wird sich da nichts ändern?"
T

EHER BERGAUF 1
EHER BERGAB 2
WIRD SICH NICHTS ÄNDERN 3
KOMMT DARAUF AN 4
KANN ICH NICHT BEURTEILEN 5

23. "Zu Ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage: Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage?"
T

"Sehr gut" 1
"Gut" 2
"Teils gut, teils schlecht" 3
"Eher schlecht" 4
"Schlecht" 5
WEISS NICHT, KEINE ANGABE 6

24. a) "Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser oder schlechter gehen wird als heute, oder wird es in etwa gleich bleiben?"
T

BESSER GEHEN 1
SCHLECHTER GEHEN 2
WIRD IN ETWA GLEICH BLEIBEN 3
UNMÖGLICH ZU SAGEN 4

b) "Wenn Sie Ihre wirtschaftliche Lage mit der vor fünf Jahren vergleichen: Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor fünf Jahren oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?"

BESSER 5
SCHLECHTER 6
KEIN UNTERSCHIED 7

L I S T E 1

**Was sind große Risiken für die weitere
Entwicklung Deutschlands?**

- (1) Die hohe Staatsverschuldung
- (2) Die Wirtschaftslage in der Euro-Zone
- (3) Die vielen Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen sind
- (4) Engpässe in der Energieversorgung
- (5) Die demografische Entwicklung, also dass es immer mehr Ältere und immer weniger Jüngere gibt
- (6) Zu hohe Steuern
- (7) Die Mängel in unserem Bildungssystem
- (8) Steigender Rechtsextremismus
- (9) Dass der islamische Einfluss zu groß wird
- (10) Die Klimaerwärmung
- (11) Die Globalisierung
- (12) Dass es zu einer neuen Finanzkrise kommt
- (13) Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit
- (14) Die niedrigen Zinsen
- (15) Dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich größer werden
- (16) Radikale und terroristische Gruppierungen
- (17) Dass unsere Sozialsysteme nicht mehr finanzierbar sein könnten
- (18) Dass Deutschland bei wichtigen technologischen Entwicklungen, z.B. der Digitalisierung, den Anschluss verpasst
- (19) Internationale Krisen und Konflikte

L I S T E 1

- (1) Ein hervorragendes Bildungssystem
- (2) Dass qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland nach Deutschland kommen
- (3) Dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht zu groß werden
- (4) Bekämpfung des Rechtsextremismus
- (5) Dass in Deutschland wissenschaftlicher Fortschritt und Innovationen gefördert werden
- (6) Dass wir unseren Standard an sozialer Absicherung erhalten
- (7) Dass Ausländer in Deutschland möglichst gut integriert werden
- (8) Dass Deutschland die Flüchtlingssituation bewältigt
- (9) Dass die Terrorabwehr in Deutschland erfolgreich ist
- (10) Dass in Deutschland flächendeckend schnelles Internet zur Verfügung steht
- (11) Dass wir qualifizierte Fachkräfte ausbilden
- (12) Dass das Straßen- und Schienennetz verbessert bzw. ausgebaut wird
- (13) Dass der Umwelt- und Klimaschutz gefördert wird
- (14) Dass Leitungsnetze für die Energieversorgung ausgebaut werden
- (15) Gute Standortbedingungen für Unternehmen
- (16) Dass die Energieversorgung langfristig gesichert ist
- (17) Dass die Staatsverschuldung abgebaut wird

BILDBLATT 2

**HIER SOLLTE DER
STAAT SPAREN:**

**HIER SOLLTE DER STAAT
AUF KEINEN FALL SPAREN:**

BILDBLATT 2

**HIER SOLLTE DER
STAAT AUF JEDEN FALL
MEHR GELD AUSGEBEN:**

IST NICHT NOTWENDIG:

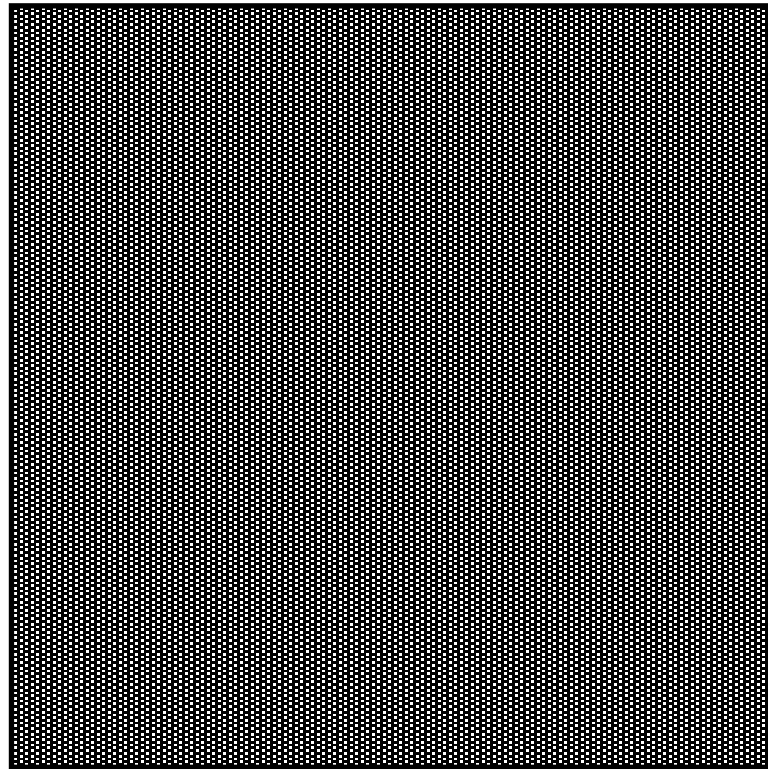
BILDBLATT 3 entfällt !

L I S T E 3

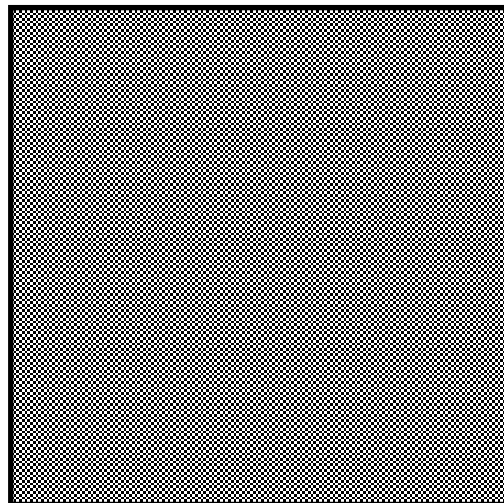
**Wofür sollte man Ihrer Meinung nach die
Steuermehereinnahmen vor allem verwenden?**

- (1) Zur Senkung der Lohn- und Einkommenssteuern
- (2) Um die Sozialabgaben zu senken, z.B. die Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung
- (3) Um die Staatsschulden abzubauen
- (4) Um mehr Geld für Schulen, für Bildung zur Verfügung zu stellen
- (5) Um sozial Schwächere stärker zu unterstützen, z.B. Hartz IV-Empfänger
- (6) Um die Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahre kostenfrei zu machen
- (7) Um das Straßen- und Schienennetz auszubauen bzw. zu erneuern
- (8) Um den flächendeckenden Ausbau von schnellem Internet voranzutreiben
- (9) Um die Ausstattung der Bundeswehr zu verbessern
- (10) Um die Renten zu erhöhen
- (11) Zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- (12) Um mehr Geld für die Integration von Flüchtlingen bereitzustellen

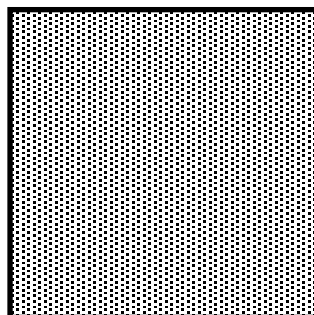
BILDBLATT 4



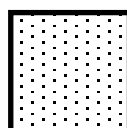
A



B



C



D

L I S T E 5

Welche Steuern und Abgaben belasten Sie besonders stark?

- (1) Lohn- und Einkommenssteuer
- (2) Mehrwertsteuer
- (3) Beiträge zur Arbeitslosenversicherung
- (4) Beiträge zur Krankenversicherung
- (5) Beiträge zur Rentenversicherung
- (6) Kirchensteuer
- (7) Mineralölsteuer
- (8) Kfz-Steuer
- (9) Kapitalertragssteuer
- (10) Tabaksteuer
- (11) Grundsteuer
- (12) Solidaritätszuschlag
- (13) Ökosteuer
- (14) Erbschaftssteuer
- (15) Ökostrom-Umlage bzw. EEG-Umlage

**Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten,
auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war.
Die Interviewer überreichten den Befragten die Karten in
zufälliger Reihenfolge.**

1

**Kultureinrichtungen wie
Theater, Museen**

1

2

Ausstattung der Polizei

2

3

**Maßnahmen zur Integration,
Eingliederung von Aus-
ländern**

3

4

Umweltschutz

4

5

Ausstattung von Schulen

5

6

**Arbeitslosenunterstützung,
Hartz IV**

6

7

**Ausbau von Verkehrswegen
wie Straßen, Bahnstrecken
usw.**

7

8

**Forschungsförderung in
den Bereichen Medizin,
Technik usw.**

8

6

Entwicklungshilfe

01

Ausstattung der Bundeswehr

9.

10

11

**Öffentliche Einrichtungen
wie Schwimmbäder,
Büchereien usw.**

12

**Ausstattung der
Universitäten**

11

12

13

**Förderung der neuen
Bundesländer**

14

**Förderung von erneuerbaren
Energien (Wind, Wasser,
Sonne usw.)**

13

14

15

**Gesundheitswesen,
Gesundheitssystem**

16

**Unterstützung von Familien
mit Kindern**

15

16

17

Renten

17

81

Staatliche Verwaltung

18

19

Subventionen, staatliche Unterstützung von Wirtschaftszweigen, die alleine nicht lebensfähig sind

19

20

Unterstützung hochverschuldeter Euro-Länder

20

21

Ausgaben für Beamte und deren Pension

21

22

Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen

22

23

Unterstützung von Flüchtlingen

23